

Volksmacht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfun“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6, durch die Buchhandlungen des „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 6 und Friedrichs-Kilchen-Str. 106, Wollschloßstraße 155, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. Einzelnummern im voraus zu entnehmen höchstens 0,42 Rmt. + 8 Pf. Träger-Bezugspreis im voraus 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einjähr. Zustellungsgebühren 2,88 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21736.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 3/11 Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschaltete Anzeigen aus Schlessien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenausschreibungen, Stellenangelegenheiten, Besichtigungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anzeigen eingeleitete Manuskripte werden aus Rücksicht auf den Redaktionsschluss nicht zurückgegeben.

Neuer Kampf um die Arbeitslosenversicherung

Heißer Kampf um das Gutachten der Reichsanstalt

Mehrere Verschlechterungen empfohlen — Die Empfehlung einiger Verbesserungen erreicht

Berlin, 14. Mai. (Sig. Drahtbericht.) In dem großen, die Herzen und Geister aufrüttelnden Kampf um die Arbeitslosenversicherung hat die soziale Aktion des Arbeitslosenschutzes eine neue Schlacht geschlagen. Nicht auf der Straße, sondern in der Konferenz des Reichsarbeitsministeriums, in der auch Klassenkämpfe durchgefochten werden. Die Schlacht soll der Fertigstellung des vom Reichsarbeitsminister geleiteten Gutachtens des Vorstandes der Reichsanstalt für Neufinanzierung der Arbeitslosenversicherung. Sie wurde mit beispielloser Erbitterung und Anstrengung geführt. Sie war reich an Spannungen, hochdramatischen Szenen und erfüllt von tragischen Konflikten.

Die Regierung Brüning wollte es so, daß sozusagen eine Art Vorentscheidung im Kampf um die Neufinanzierung der Arbeitslosenversicherung im Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung getroffen wurde. Wohl hat der Vorstand nur ein Gutachten fertiggestellt, aber zweifellos legt dieses Gutachten bereits so etwas wie eine Karte für die kommende im Reichstag zu fallende Hauptentscheidung fest. Die Beschlüsse des Vorstandes — um das gleich vorweg zu sagen — dürften bei den Sozialreaktionären keine übermäßig große Freude auslösen. Die freien Gewerkschaften sind wieder einmal bei der Verteidigung des Arbeitslosenschutzes in die Brezche geprüngt. Sie haben Schlimmes verhütet und manches erreicht, was bei der Sozialreaktion großen Argers auszulösen dürfte. Der neue Vorstoß der Feinde des Arbeiterkampfes ist von den freien Gewerkschaften, die bei dem Kampf um das Brot der Arbeitslosen oft fast allein standen, mit Kaltblütigkeit und Bravour abgemacht worden.

Die Arbeitgeber hatten sich das Plänchen zurechtgemacht, die freien Gewerkschaften würden für Beitragserhöhung auf vier Prozent stimmen, dann könnten sie (die Arbeitgeber) bequem für Verschlechterung des Arbeitslosenschutzes eintreten. Dieses Plänchen wurde durchkreuzt. Die freien Gewerkschaften erklärten von vornherein: wir sind für 4 Prozent Beitrag, aber nur dann, wenn keine Verschlechterungen beschlossen werden. Wir sind für 4 Prozent Beitrag und für ein Notopfer der Bessergestellten. Das schafft einen Weg ins Freie.

Die Vertreter der Arbeitgeber, die der bürgerlichen Gewerkschaften und der öffentlichen Körperschaften wollten diesen Weg nicht geben. Für sie schaffte der Vertreter des Reichlichen Wohlfahrtsministeriums eine Plattform durch die Verlegung eines Antrages, der Beitragserhöhung auf 4 Prozent und Zahlung der Sätze der Krisenunterstützung für die Arbeitslosen, die nicht 52 Wochen Anwartschaft erreicht haben, vorschlug. Die Familienzuschläge sollen nicht vermindert werden. Diese Regelung für alle Arbeitslosen mit kurzen Anwartschaften soll die Sonderregelung für die Saisonarbeiter überflüssig machen. Für diesen Antrag stimmten vier Vertreter der öffentlichen Körperschaften, drei Arbeitgebervertreter, die Christen und Kirche sowie der Präsident der Reichsanstalt. Der Antrag Kugler wurde mit zehn gegen sechs Stimmen, das heißt gegen die Stimmen der freien Gewerkschaften, angenommen. Mit diesem Antrage sollen 65 Millionen gepart werden. Bei diesen 65 Millionen geht es ferner gegen die freien Gewerkschaften die Verringerung der Unterstützung für Jugendliche bis zu 17 Jahren, womit 12 Millionen eingepart werden sollen. Weitere 8 Millionen will man dadurch ersparen, daß beim 65. Lebensjahre Beanspruchung auf Unterstützung erlischt. 8 Millionen will man ersparen, indem man die 13 Beitragswochen, die bisher bereits zum Bezuge der Krisenunterstützung berechneten, nicht mehr in die für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung notwendige Anwartschaftszeit anrechnen lassen will.

Das Rechenexempel für die Neufinanzierung des Arbeitslosenschutzes würde sich also folgendermaßen gestalten: Bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenziffer von 1,5 Millionen ein Kostenaufwand von 1550 Millionen Mark. Bei 3 1/2 Prozent Beitrag ein Aufkommen von 1050 Millionen. Durch Erhöhung des Beitragssatzes auf 4 Prozent eine Mehreinnahme von 145 Millionen. Reichszuschuß 200 Millionen. Einbeziehung des öffentlichen Geldes in die Arbeitslosenversicherung, soweit nicht langfristige Arbeitsverträge vorliegen — ein Erfolg der freien Gewerkschaften bei den Verhandlungen im Vorstand — 15 Millionen und Abwälzung der Verwaltungs- und der Krisenunterstützung auf das Reich 10 Millionen. Dazu bereits aufgeführten Ertragsbeiträge. Das alles zusammen würde eine Summe von 1478 Millionen ergeben. Es würden also immer noch rund 100 Millionen fehlen.

Die Bezugsdauer der Krisenunterstützung soll auf die Dauer der Arbeitslosigkeit erstreckt werden. Diese Forderung der freien Gewerkschaften wurde mit acht gegen sieben Stimmen angenommen.

Waher die Regierung Brüning die Mittel zur Durchführung dieser Beschlüsse nehmen will, ist einstweilen eine offene Frage. Die freien Gewerkschaften haben einen Weg zur Mittelbeschaffung durch ein Notopfer der Höherbezahlten gewiesen.

A. Kr. Es muß festgestellt werden, daß alles in allem die Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung, die das Gutachten der Reichsanstalt empfiehlt, die Verbesserungen, die das Gutachten vorsieht, überwiegen. Und zwar vor allem deshalb, weil die Hauptverschlechterung einen größeren Kreis von Arbeitslosen trifft als die Verbesserungen. Der Antrag Kugler bedeutet nämlich die Aufhebung der regulären Arbeitslosenunterstützung für alle Saisonarbeitslose. Diese erreichen nämlich, eben weil ihre Arbeitslosigkeit jedes Jahr wiederkehrt, niemals die 52 Wochen Anwartschaft. Denn wer jedes Jahr mehrere Wochen hindurch erwerbslos ist, arbeitet niemals 52 Wochen zusammenhängend. Gemildert wird diese wesentliche Verschlechterung zwar dadurch, daß nach dem Gutachten der Reichsanstalt nunmehr die Krisenfürsorge ausgebaut werden soll, daß insbesondere die Krisenfürsorge für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt werden und die Krisenfürsorge sich auf alle Berufe erstrecken soll, aber die Sätze der Krisenfürsorge bleiben bekanntlich erheblich hinter den an sich schon völlig unzureichenden Sätzen der eigentlichen Arbeitslosenunterstützung zurück, so daß das Gesamtergebnis doch eine Verschlechterung für die Saisonarbeitslosen sein würde. Sehr erleichtert würden durch diese Regelung allerdings die Gemeindefinanzen, denn es soll nach dem Gutachten nicht nur den Gemeinden das Fünftel vom Reich ersetzt werden, das die Gemeinden bislang zur Krisenfürsorge beitragen müssen, sondern es würde dadurch auch die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen sicherlich wesentlich verringert. Bei den Saisonarbeitslosen selbst kann diese Verringerung allerdings nicht groß sein, da wirkliche Saisonarbeitslosigkeit normalerweise kaum länger dauert, als die Krisenfürsorge bislang gezahlt wurde, die Zahl der wirklichen Saisonarbeitslosen, die der Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden

anheimfallen, daher bislang schon nicht groß war. Aber nach dem Gutachten soll die Krisenfürsorge überhaupt auf die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit ausgedehnt werden. Das würde schon bei denjenigen Arbeitslosen, die Berufsgruppen angehören, in denen eine regelmäßige Saisonarbeitslosigkeit besteht, und die nicht aus Saisongründen, sondern aus Konjunkturgründen und infolge der Rationalisierung in diesen Gewerben arbeitslos sind, die Lage der Gemeinden erleichtern, denn Arbeitslosigkeit kann sehr wohl viel längere Zeit dauern, als die bisherige Dauer der Zahlung der Krisenfürsorge beträgt. Diese müßten aber nach der von dem Gutachten der Reichsanstalt vorgesehenen Regelung auch für die ganze Dauer ihrer Arbeitslosigkeit Krisenunterstützung erhalten. Diese Arbeitslosen, und deren Zahl ist zurzeit recht beträchtlich, würden daher den Gemeinden abgenommen werden.

Zugedem würden aber auch diejenigen Arbeitslosen, die die 52wöchige Anwartschaft erreicht haben, also die aus nicht eine saisonmäßige Arbeitslosigkeit aufweisenden Gewerben, ebenfalls den Gemeinden abgenommen. Denn bei längerer Dauer der Arbeitslosigkeit würde ihnen dann auch dauernd die Krisenunterstützung gezahlt.

Gewisse, sehr lange Zeit hindurch erwerbslose Arbeiter würden insgesamt durch diese Regelung übrigens ebenfalls besser gestellt werden als sie bis jetzt gestellt sind. Das gilt zunächst für die Erwerbslosen in Berufen, die keine Saisonarbeitslosigkeit kennen, also für die Erwerbslosen, die die 52 Wochen Anwartschaft erreicht haben. Denn die Krisenunterstützung ist höher als die Wohlfahrtsunterstützung. Von der 39. Woche ab würden diese also mehr erhalten als bisher. Das gilt aber auch für den Teil der längere Zeit hindurch erwerbslosen Arbeitern in Saisongewerben, die sehr lange erwerbslos sind. Denn diese würden zwar in den ersten 26 Wochen weniger erhalten als bisher, weil sie von Anfang an nur Krisenunterstützung erhalten würden, diese aber niedriger ist als die eigentliche Arbeitslosenunterstützung, von der 39. Woche ab aber würden sie mehr erhalten als bisher, da die Krisenunterstützung höher ist als die Wohlfahrtsunterstützung. Sind diese Arbeiter nun sehr lange erwerbslos, so kann es sein, daß das spätere Mehr das frühere Weniger kompensiert. Dieser Fall wäre erreicht, wenn die Arbeitslosigkeit mehr als 65 Wochen dauert. So ergibt sich, daß in der in dem Gutachten vorgesehenen Regelung einer Verschlechterung der Lage aller wirklichen Saisonarbeitslosen und derjenigen Arbeiter aus Saisongewerben, die aus nicht saisonmäßigen Gründen nicht länger als 65 Wochen arbeitslos waren, eine Verbesserung der Lage der sehr lange, d. h. der über 39 bzw. über 65 Wochen lang erwerbslosen Arbeiter gegenübersteht. Die Zahl der letzteren ist aber zurzeit recht groß, da die gegenwärtige große Arbeitslosigkeit eine Folge nicht nur der schlechten Konjunktur, sondern auch der Rationalisierung ist. Eben deshalb ist es aber auch sehr zweifelhaft, ob unter den obwaltenden Umständen diese Regelung Erparungen in der Arbeitslosenversicherung bringen würde. Wir müßten das sehr bezweifeln und vermuten deshalb, daß dieses Gutachten, insoweit es Verbesserungen vorschlägt, von der Reichstagsmehrheit unbeachtet bleiben, und nur, soweit es Verschlechterungen vorschlägt, Anklang finden wird.

Briand und Curtius über den Räumungstermin einig

Die Intriguen des französischen Generalstabes

In den außerordentlich warmherzigen und freundlichen Kommentaren, mit denen die französische Presse die Dienstag-Unterredung Briands mit Curtius begleitet hat, ließ sie u. a. auch durchblicken, daß zwischen den beiden Außenministern ein volles Einverständnis über die Modalitäten der Abwicklung der Räumung, sowie über den Endtermin der Räumungsoperation erzielt worden ist.

Es ist hier kein Geheimnis, daß die Innehaltung des im Haag vereinbarten Räumungstermins nicht im Sinne des französischen Generalstabes und hoher Militärkreise in- und außerhalb der Regierung liegt. Es soll sogar zu einer ziemlich erregten Auseinandersetzung zwischen Tardieu und dem Oberkommandierenden der Rheinarmee gekommen sein, in deren Verlauf Guillaumat angeblich erklärt hat, es sei ihm wohl möglich, bis zum 30. Juni sämtliche Truppen aus dem Rheinland zurückzuführen, er könne aber das Material bis dahin nicht abtransportieren. Er müsse es also, falls die Regierung auf ihrem Standpunkt beharre, entweder zurücklassen oder vernichten lassen. Tardieu soll daraufhin geltend gemacht haben, daß das Oberkommando schließlich Zeit genug gehabt hätte, die Räumungsoperationen vorzubereiten, worauf Guillaumat angeblich erklärt hat, daß er keinerlei offizielle Instruktionen in dieser Richtung erhalten habe. Da solche Instruktionen naturgemäß vom Kriegsministerium hätten ausgehen müssen, ist es nicht schwer zu verstehen, daß die ganze Affäre auf eine Zurückweisung des nationalpolitischen Herrn Maginot zurückzuführen

ist, der nie einen Hehl daraus gemacht hat, daß er nichts weniger als ein Anhänger der deutsch-französischen Annäherungspolitik ist. In Tardieu, dem Mann der diesgerichteten Parteien, liegt es nun, seinem Willen gegen alle Rücksichtnahme seiner eigenen Gefolgschaft Geltung zu verschaffen. Um in der Frage des Räumungstermins endgültig Klarheit zu schaffen, trägt man sich übrigens in französischen linkspolitischen Kreisen mit der Absicht, sofort nach dem Wiederbeginn der Kammeressession, Anfang Juni, im Rahmen einer Interpellationsdebatte die Regierung zu einer eindeutigen Stellungnahme zu zwingen.

Im Anschluß an die heute in Paris stattfindende Konferenz zwischen dem Ausschussrat der Internationalen Zahlungsbank, den Vertretern der Finanzministerien und der Internationalen Großenbanken, auf der die letzten Einzelheiten über die Auflegung der ersten Reparationsanleihe geregelt werden sollen, wird wie das „Journal“ mitteilt, das offizielle Befehl für den Beginn der Räumung des Rheinlandes an den oberkommandierenden General Guillaumat abgeleitet werden. Frankreich habe alles Interesse daran — erklärt die radikale „Republique“ — die Räumung pünktlich durchzuführen, damit es von dieser „Geistes-“ allen moralischen Erfolg davontrage.

Die Räumung bereits im Gange
Weissenau, 15. Mai. (Eigener Rundbericht.) Die Barockruinen des Räumungstermin der dritten Zone haben sich bereits bemerkbar. In diesen Tagen sind einige Munitionsdépôts, Munitionslagerplätze, der Lagerplatz bei Rehl und das Selbstversorgungsdepot Rehl abgebaut worden. Die Räumung des Räumungstermin der dritten Zone hat sich bereits bemerkbar. In diesen Tagen sind einige Munitionsdépôts, Munitionslagerplätze, der Lagerplatz bei Rehl und das Selbstversorgungsdepot Rehl abgebaut worden. Die Räumung des Räumungstermin der dritten Zone hat sich bereits bemerkbar. In diesen Tagen sind einige Munitionsdépôts, Munitionslagerplätze, der Lagerplatz bei Rehl und das Selbstversorgungsdepot Rehl abgebaut worden.

Vertrauen für Sudemann
(Abstimmung im Provinzialparlament siehe 1. Beilage, 4. Seite.)

Sakentkreuze über Sachsen

Uns wird geschrieben: Die neue sächsische Regierung, das sogenannte neue sächsische Kabinett, unter Führung des Ministerpräsidenten... Die sächsische Regierung hat nach langer Krise wieder eine Regierung gebildet, es fragt sich nur auf wie lange. Es liegt ein Antrag der Sozialdemokraten auf Auflösung des Landtages vor, und wenn auch die Regierungsparteien die Landtage haben, die Entscheidung darüber so lange wie möglich zu verschleppen, so wird doch im Laufe des Mai eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob Sachsen in kürzester Zeit Neuwahlen haben wird. Die Entscheidung darüber liegt bei den Nationalsozialisten.

Die Regierung Binger, ein ausgesprochenes Arbeiterkabinett, war von dem guten Willen der sächsischen Nationalsozialisten unter Führung des Manfred Killinger und des Wauener Fabrikanten von Killinger, des Geldgebers der Sakentkreuzer, abhängig. Die sächsische Regierung hatte es vorübergehend nach dem Sturz des Kabinetts Binger als vorübergehendes Regime, als ob das sächsische Bürgertum sich vom System der Binger, das ebenso wie das System Fried nur ein letztes Versuch war, als ein Mittel der Nationalsozialisten begeben, um die sächsische Herrschaft über die Arbeiterchaft zu abtrotzen zu lassen. Man hatte sich in der Wera Binger in die schmähliche Abhängigkeit politisch anzuschließen und um ihr nicht in Verwaltung und Gesetzgebung den Einfluß gewahren zu müssen, auf den sie auf Grund ihrer Klassenmäßigen Stärke wie auf Grund der Befundung ihres politischen Willens Anspruch hat. Die Ereignisse haben jedoch gezeigt, daß es sich nur um den Schein einer Abkehr handelt.

Die Deutsche Volkspartei hat in den langen Wochen der sächsischen Krise offenkundig nach Ausreden gesucht, um die nicht zu einer Regierungskoalition kommen zu lassen, in der der Einfluß der Arbeiterchaft nachgegeben werden mußte. Die sächsische Sozialdemokratie war bereit, in Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition in Sachsen einzutreten. Die Erfahrungen, die die sächsische Arbeiterchaft mit einer jahrelangen Ausschaltung der Sozialdemokratie gemacht hat, haben sie gelehrt, daß sie energisch auf ihrem Anteil an der Macht bestehen muß, wenn nicht das Bürgertum die Ausschaltung der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterchaft ausnützen soll. Die stürmische Entwicklung in Sachsen in den letzten Jahren lehrt schließlich deutlich genug, worauf es dem Bürgertum bei der Ausschaltung der Sozialdemokratie ankommt und wie teuer die Arbeiterchaft für ein Bürgerregime in den Ländern bezahlen muß. Das Thüringer Beispiel aber zeigt, daß es auch über dem Thüringer Bürgertum hinaus, wie es in Sachsen gehandhabt worden ist, noch eine Steigerung zum Schlechteren gibt: das System Fried in Thüringen.

Die Deutsche Volkspartei in Sachsen jedoch will wieder die Abhängigkeit von den Nationalsozialisten als die Teilung der Macht mit der Sozialdemokratie. Sie will nach wie vor die Politik des Geldsacks ungehemmt betreiben, möchte sie dafür auch äußerste Konzessionen auf politischen und kulturellem Gebiete an das Sakentkreuz machen. Aus diesem Grunde hat sie das Zustandekommen einer wirklich parlamentarischen Koalitionsregierung verhindert.

Das sogenannte Kabinett ist besetzt mit „Fachministern“. Was Fachminister sind, weiß man in Deutschland zur Genüge. Sie sind nichts anderes als ein Ausschuss, der entweder für außerparlamentarische Kämpfe oder für reaktionäre Tendenzen. In Sachsen hat sie das Feigenblatt für den Versuch der Deutschen Volkspartei, eine zweite Auflage des Systems Binger herbeizuführen. Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts zeigt den Sinn der neuen Regierungsbildung deutlich genug. Sie lautet mit kurzen Worten nur: Laßt uns weiterarbeiten auf der Grundlage, auf der unter dem System Binger in Sachsen Politik getrieben worden ist.

Es ist die Absicht des sächsischen Bürgertums, alles beim Alten zu lassen, die Arbeiterchaft nach wie vor in der politischen Isolierung zu halten und in Sachsen die sächsische Variante des Systems Fried durchzuführen. Diese Absicht ist jedoch nur ausführbar, wenn und so lange die sächsischen Nationalsozialisten gelassen sind, das Spiel des Bürgerblocks unter der Decke weiterzuspielen. Das ist aber gerade die Frage, der Appetit kommt beim Essen und die Erfolge des Herrn Fried in Thüringen haben den sächsischen Nationalsozialisten Mut gemacht, auch in Sachsen offen den Löwenanteil an der Macht zu übernehmen. Es gibt Anzeichen genug, die darauf hindeuten, daß die Partei des Sakentkreuzes in Sachsen und vielleicht auch gleichzeitig in Thüringen Neuwahlen will, weil sie der Meinung ist, damit ihre Stellung in beiden Ländern nur verfestigen zu können. Sie hofft, daß sie den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei große Teile ihrer Wählerchaft wegreißen könnte, und das Beispiel der Gothaer Stadtratswahl ist allerdings geeignet, sie in der Eringung der Zusammenhaltung der Wählerchaft bei Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei zu bestärken. Würden diese Hoffnungen in Erfüllung gehen, so würde man auch in Sachsen ein offenes System Fried erleben können, und es wäre interessant zu wissen, wer dann in Sachsen die Rolle des Herrn Fried spielen soll. Herrn Manfred von Killinger wird man ja schwerlich dazu nehmen können, Herr Voehner ist tot — wer es gibt ja auch sonst bei den Sakentkreuzern noch genügend prominente Hochverräter, die diese Rolle übernehmen könnten.

Fortsetzung der Provokationspolitik gegen die Arbeiterchaft wie gegen die Republik auch in Sachsen —

das ist das Ziel der Sakentkreuzer. Die Sozialdemokratische Partei wird allerdings durch diese Hoffnungen der Sakentkreuzer einen Strich ziehen. Das ausgesprochene Arbeiterland Sachsen ist sozial ganz anders zusammengesetzt als Thüringen und die Sakentkreuzer könnten trotz aller Hoffnungen manche Wahlübererraschung erleben. Eines aber muß jedem denkenden Arbeiter klar sein: das Spiel des reaktionären Bürgertums wie das Spiel der Sakentkreuzer ist nur möglich, weil die Arbeiterchaft nicht als ein festgeschlossener Block ihnen gegenübersteht, sondern gespalten infolge des Treibens der Kommunisten. Der Arbeiter, der die kommunistische Spaltungspolitik unterstützt, arbeitet den Hoffnungen der Sakentkreuzer in die Hände!

Die Berliner Mißwirtschaft

Die Sozialdemokratie hat rechtzeitig gewarnt

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Prüfung der Mißwirtschaft in der Berliner Stadterverwaltung vernahm am Mittwoch den Bücherrevisor Maywald und den Geschäftsführer Groß, die beide an dem Kauf des Gutes Neu-Cladow durch die Stadt Berlin als Vermittler beteiligt waren. Der Ankauf erfolgte seinerzeit durch den früheren Grundstücksbevollmächtigten Buch, während die letzten Verhandlungen durch den Großhändler Lutti, geführt wurden. Das Geschäft kam damals unter der Voraussetzung zustande, daß eine Provision von 500 000 Mark gezahlt wird. Maywald und Groß haben davon je 156 750 Mark erhalten, Lutti erhielt 236 500 Mark. Die Auszahlung der Gelder an die Vermittler erfolgte durch Lutti in dem Büro der Perleola des Stadtrats Buch. Lutti trat seinerzeit erst im entscheidenden Augenblick als Käufer des Gutes Neu-Cladow auf, obwohl er nie ein Angebot gemacht hat, und erhielt die Provision von beinahe einer Viertelmillion Mark, obwohl der Ankauf des Gutes inzwischen durch die städtischen Instanzen beschlossen worden war.

Das Ausschussmitglied Abg. Adolph Hoffmann (Soz.) gab dem Ausschuss Kenntnis von einem Briefwechsel zwischen ihm und Stadtrat Buch über den Ankauf von Grundstücken für den Berliner Schlachthof und von Düppel-Dreilinden. Danach hat Buch seinerzeit den damaligen sozialdemokratischen Stadtratsmitglied Hoffmann um Hinweis auf die gegen ihn gerichteten Angriffe der Sozialdemokratie zu einer persönlichen Rücksprache in sein Amtszimmer gebeten. Hierbei wollte er die Vorwürfe entkräften. Hoffmann hat eine solche Rücksprache schriftlich mit der Bemerkung abgelehnt, daß er in der Stadtratsversammlung seine Angriffe gegen Buch nicht als Einzelperson, sondern als Mitglied und im Auftrag der sozialdemokratischen Stadtratsversammlung gerichtet habe. Buch sei also der Öffentlichkeit zugänglich. Da Buch inzwischen gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren beantragt hatte, erbat Oberbürgermeister Böß von Hoffmann brieflich Spezifizierung der Vorwürfe gegen Buch als Unterlage für das Disziplinarverfahren als Disziplinarbehörde. Diesem Ersuchen des Oberbürgermeisters kam Hoffmann nach, doch ist darauf eine Antwort nie erfolgt. Es steht also fest, daß die sozialdemokratische Stadtratsversammlung schon 1924/25, also rechtzeitig, auf die seit Wochen erörterten Mißstände aufmerksam gemacht hat.

Schüsse im Dunkeln

Die Nationalsozialisten führen einen heftigen Feldzug gegen den Reichsverkehrsminister Groener, weil er sich energisch gegen nationalsozialistische Zersetzungen in der Reichswehr gewandt hat. In der Methode des Kampfes gehen sie nun von gewöhnlichen Beschimpfungen des Reichsverkehrsministers zu dunklen Andeutungen über. In der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung“ in Tjeheor Nr. 112 erschienen in einem Artikel die folgenden Sätze:

„Die jetzige Einstellung des Herrn Groener zum Nationalsozialismus hat diesen in den vergangenen Jahren nicht gehindert, den Versuch zu machen, die Nationalsozialisten für hochpolitische Zwecke zu verwenden. Wenn Herr Groener seine Heße gegen uns fortsetzt, werden wir uns nicht scheuen, den mit ihm geführten Briefwechsel zu veröffentlichen. Die Folgen sowohl innen- als auch außenpolitisch mag er dann selbst tragen.“

Diese dunklen Andeutungen wurden erweitert in einer Rede, die der Nationalsozialist Kube am 9. Mai im Preussischen Landtag hielt. Diese Rede wird im „Völkischen Beobachter“ in größter Aufmerksamkeit an leitender Stelle wiedergegeben. Darin heißt es:

„Ich verlege es mir, das Material bekanntzugeben, das wir über den Herrn Reichsverkehrsminister haben. Aber vielleicht wenden Sie sich an ihn und erinnern ihn an das Schreiben vom 23. April 1929, das die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei an ihn gerichtet hat, um endlich einmal gewisse Anbiederungsversuche zurückzuweisen, weil wir die Erfahrungen des unglücklichen Oberleutnants Schulz und anderer Leute unserer Leute nicht zunichte wollen... Nachdem man wegen der angeblichen Zersetzungen der Reichswehr durch die Nationalsozialisten das Recht dreist gebrochen hat, denken wir gar nicht daran, Herrn Groener dieses Spiel weiterreiben zu lassen, sondern wir sind durchaus bereit, die Konsequenzen zu ziehen, und wenn ich sie heute noch nicht ziehe, dann nur aus dem Gefühl der Verantwortung dem Staat gegenüber... Ich bin bereit, meine Herzen, Ihnen diesen Briefwechsel einmal zur Kenntnisnahme vorzulegen.“

Das Oberhaus gegen das Kohlengesetz

London, 15. Mai. (Eigener Funterbericht.)

Das englische Oberhaus beschloß am Mittwoch mit 147 gegen 26 Stimmen in dem Gesetz über die Kohlenbergwerke die Festimmung, die Einsetzung einer Kommission für die Zwangsfunktionierung von Bergwerken vorzuziehen, zu streichen. Da die Regierung auf die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung aus wirtschaftlichen Gründen großen Wert legt, wird sich das Unterhaus nochmals mit dem Gesetz befassen müssen. Die Kabinettsfrage wird MacDonald jedoch nicht stellen.

Was bedeuten diese Schüsse aus dem Dunkeln, was sind das für hochpolitische Zwecke und für Anbiederungsversuche, von denen hier geredet wird? Was diese Andeutungen bezwecken sollen, ist klar. Herr Groener soll erpreßt werden, damit er die Bekämpfung nationalsozialistischer Zersetzungsversuche einstellt und wie alle Expreßer arbeiten die Nationalsozialisten dabei mit geheimnisvollen Andeutungen. Sie lassen erkennen, daß sie wichtige Staatsgeheimnisse von gefährlichem Range besitzen und sie drohen mit ihrer Bekanntgabe. Für gewöhnlich pflegt man das, womit sie drohen, Landesverrat zu nennen. Diese heimtückischen Schüsse aus dem Dunkeln sollten den Reichsverkehrsminister veranlassen, durch vollste Klarheit der Widerlegung den Expreßern gründlich das Handwerk zu legen!

Ameinigkeit im Reichskabinett

Falsche Schmelzung eines Regierungsblattes über einen Minister

Köln, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Koblenz, Reichsverkehrsminister von Guérard beabsichtige, am 1. Juli von seinem Amt zurückzutreten. Er werde wahrscheinlich durch den Minister für die besetzten Gebiete, Treitschke, ersetzt werden, dessen Ministerium demnach aufgelöst werden dürfte.

Diese Meldung ist, soweit sie den Reichsverkehrsminister persönlich betrifft, frei erfunden. Zutreffend ist nicht von der Hand zu weisen, daß bestimmte Kreise der Regierung Brüning entsprechende Absichten verfolgen. Wer diese Kreise sind, ist nicht schwer zu erraten, nachdem sich Reichsverkehrsminister von Guérard im Kabinett gegen die Wiederberufung des Staatssekretärs für die besetzten Gebiete, Schmidt, gewandt hat. Oder will Herr Schmidt im Ernst behaupten, daß er oder seine Umgebung der aus Koblenz datierten, aber fern von Koblenz erfundenen Zweckmeldung völlig fernsteht?

Die Bewegung in Indien

Neue Aktionen der Anhänger Gandhis

New Delhi, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der allindische Nationalkongress beschloß am Mittwoch, Frau Radhu mit der Führung des Marsches zur Ergreifung des staatlichen Salzdepots in Dharjan zu betrauen.

In einem Interview erklärte Frau Radhu, vom freirender Seite ist der Versuch gemacht worden, sie von ihrem Vorhaben zurückzuhalten. Sie werde aber an der Spitze der Freiwilligen marschieren und versuchen, die Polizei- und Militärwagen des Salzdepots zu durchbrechen und den Stacheldraht zu durchschneiden, der das Salzdepot von der Außenwelt trennt.

Frau Radhus Schwägerin, Kamali Tschattopadhyaya hat mit der Organisation eines Marsches nach dem staatlichen Salzdepot Bagala, zehn Kilometer von Bombay entfernt, begonnen. Dieser Marsch soll am Sonnabend und Sonntag unter Führung von Frau Kamali unternommen werden.

Jalapur, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bauern des Kados-Distriktes von Barhoff (Indien) haben beschlossen, die Widerstandsbewegung gegen Großbritannien auf die Gerichtsbarkeit auszudehnen. In den nächsten Tagen werden in sämtlichen Orten, in denen sich britisch-indische Gerichte befinden, von den Eingeborenen unabhängige Gerichtshöfe zur Beilegung ziviler Streitigkeiten errichtet werden. Die Bauern haben ferner beschlossen, die Zahlung der Steuern zu verweigern und alle Angestellten und Beamten der Regierung zu boykottieren.

Frauen werden verhaftet

New Delhi, 15. Mai. (Eigener Funterbericht.)

Die britisch-indischen Behörden haben am Mittwoch ihre bisherige Praxis der Schonung aller an der Gandhis-Bewegung aktiven beteiligten Frauen aufgegeben und zunächst Frau Lakschmipathi, eine Anhängerin Gandhis, verhaftet. Die Frau wurde noch am gleichen Tage zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort zur Strafverbüßung abgeführt. Die Verhaftung und Verurteilung von Frau Lakschmipathi wird anlässlich als Warnung an Frau Radhu, der gegenwärtigen Führerin des geplanten Marsches nach Dharjana, bezeichnet.



Der moderne Kaufmann

ist auf seine eigene Klugheit und Initiative angewiesen. Fehlt ihm diese, so kann er sie von keiner Hochschule beziehen. Deshalb war der Weg der deutschen Industrie von Anfang an ein Weg der Persönlichkeit.

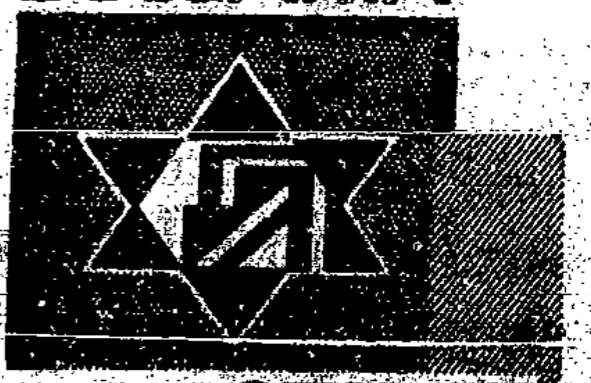
So entstand auch die Bulgaria-Zigarettenfabrik, da in ihr der klare, unvorrückbare Gedanke durchgesetzt wurde: Zigaretten zu schaffen, so gut, wie man sie zu diesem Preise noch nicht kannte.

BULGARIA-STERNE

die stets frische und gleich gute 4 Pfg. Zigarette.



BULGARIA



STERN

18. Mai Volksflugtag Verlosung

nachm. 2 1/2 Uhr flieg auf nach dem Flughafen zum

Freiballon - Doppelaufstieg • Kunstflug • Motorrad-Fuchs-Jagd • Quadrille zu Pferde • Ballonfahrten • Fallschirm-Abstürze • Billige Rundflüge • 1 OPEL-Auto, mehrere Fahrräder und Preisflüge sind in der

zu gewinnen Wer Glück hat! Eintrittskarten für ein Platz und Los zusammen 50,- Kinder unter 14 Jahren und Erwerbslose 20,-

Familien-Anzeigen

Am 12. Mai, nachmittags 1/2 1 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager u. Onkel, der Maschinenarbeiter

August Herrmann
im Alter von 60 Jahren 5 Monaten.
Breslau, den 14. Mai 1930
Fromnitzstr. 30

Die tieftrauernde Gattin
nebst Angehörigen.

Beerdigung: Freitag, den 16. Mai, 15 Uhr, von der Kapelle des St. Paulus-Friedhofes, Cosel.

Stadt-Theater
(Opernhaus)

Sonntag
20 bis nach 22 Uhr
Abendvorstellung 8 10

Ein Maskenball
Freitag
20 bis 22,30 Uhr
Abendvorstellung C 11

Cavalleria rusticana
Der Bajazzo

Sonabend
20 bis gegen 22,45 Uhr
Der Zigeunerbaron

Radrennbahn Grüneiche
Freitag, den 16. Mai, abends 8 Uhr
bei elektrischer Beleuchtung

Großer Oderpreis
Weltmeister Pallard am Start

Ferner: **Müller**
Krewer
Dederichs
Lohoff
Haller

Berufsfleglerrennen
Amateur-Vereinsmannschafts-Rennen

11155

Vorverkauf siehe Anschlagtafel

Wollen Sie ein paar vergnügliche Stunden, wollen Sie Tränen lachen, dann kommen Sie in den

Luna-Park
Breslau - Morgenau
Tel. 53504

Heute Donnerstag
Großes Kinderfest

Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Konzert der Hans Sagerer-Kapelle aus München
Anfang 4 Uhr.
Anschließend spielen Hans Sagerer mit Michel Rots - Leopold Nimbauer zum **Familien-Kränzchen**.

Morgen Freitag:
Konzert der Hans Sagerer-Kapelle aus München
Anf. 5 Uhr, Eintritt 10 Pf. - Anschließend:
Der beliebteste verkehrte Ball
2 Kapellen: Hans Sagerer, Leopold Nimbauer

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 12. Mai verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Maschinensarbeiter

August Herrmann
im Alter von 60 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 16. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

Lobe-Theater
Telefon: 58747

Täglich 20,15 - 22,30:
Der große Lustspielerfolg
Leinen aus Irland

Thalia-Theater
Täglich 20,15 - 22,15:
Der sümmliche 100%
Seltenerfolg
Der Mustergatte

Achtung! **Achtung!**

Großes Frühlings-Volksfest

Westpark, Eingang Fernheizwerk
Täglich bis 1. Juni geöffnet.
Belustigungen für jung und alt.

Eintritt frei

Für 10 Pfennig
ein literarisches Buch:

Andersen Next: Zwei Brüder

Volkswachtbuchhandlungen Breslau
Neue Graupenstr. 5 u. Flurstr. 4
Friedrich-Wilhelm-Str. Nr. 16

Ripfe-Garten * Scheitrig

Freitag: **Großes Kinderfest**

I. Arbeiter-Angler-Verein Breslau E. V.
Am 11. Mai verstarb unser langjähriges Mitglied, der Klempner

Anton Wilmann
geboren am 24. Juli 1879.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Seine Sportsgenossen.
Beerdigung: Freitag, den 16. Mai, 17 Uhr, im Krematorium Gräbchen.
Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300

Täglich 8 Uhr
Gastspiel

Jno Wimmer
Trude Reiter

in dem großen
Hellerkellerserfolg

Er u. seine Schwester

Operettenschwank
v. Bernhard Buchbinder
Musik
von Julius Eindecker



Damen-Küttner-Strumpf
Wasch-Kunstseid., Spitz
Hochferse, besonders
feinmaschig **1 65**

Herren-Socken
kräftige Mako-
Qualität, hübsche
Muster **95** Pfg.

Kinder-Söckchen
Zum Ausschuchen
viele reizende Aus-
führungen
Größe 7-10 **95** Pfg.
Größe 4-6 **35** Pfg.
Größe 1-3

TIETZ
LEONHARD AKTIEN-GESELLSCHAFT
Breslau, Ohlauer Straße 71-73

Bettfedern
kaufen Vertrauenssache
der Böhmisches Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Str. 45

Wollen Sie Wanzen, Schwaben, Läuse, Flöhe u. anderes Ungeziefer los werden, verwenden Sie nur

Fly-Matsch!
Zu haben in Drogerien
tes. gesch.

Der Wahre Jacob

Preis 30 Pf. Preis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Witzblatt
Zu haben in den Volkswacht-Buchhandlungen und bei den Zeitungsträgern

Zurückgekehrt
Dr. Wertheim

Berufs-Mäntel
billig
Wäschefabrik Karlsruh. 41
Hof rechts

Parteilreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die

Volkswacht

2 Betten
1. Eiche u. Kirsch, pol. m. Spiral u. Aufkl.
Möbelhaus Scholz
Matthiasstraße 132.

Fahrräder
Teillzahl v. RM 3.- an
Viktoria Möve Expres Breda

Spezialräder v. 65.- Mk. an
8% Extrarabatt bei Vorzeigen dieser Anzeige!

W. Wutzky, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Str. 13 am Wachtplatz.

Küchen
1930 größte Auswahl von
130-400 Mk.
Teillzahlung gestattet!

Nowotny
Waldenstraße 23/24.

Arbeitsstellen
Tag- und Nacht durch Selbstanfertigung konstantes
von 4.50 bis 16 Pfg.
Burgstraße 7, Krywalski.

Pfänder-Versteigerung
im Versteigerungssaal Berlinerplatz 2 am
Donnerstag, den 22. Mai 1930, vormittags 9 Uhr,
gelbe Scheine bis Nr. 20000. Einlasskarten sind
am Vortage gegen Vorkaufskautions von Mk. 20.-
im Verkaufssaal abzugeben.

Gemeinnütziges Pfandleihhaus
der Stadt Breslau, G. m. b. H.
Gemes, Direktor.

Herrenzimmer
echt Eiche, Bibliothek, Dip-
lomat, Sessel, Tisch, 4 Stühle RM. 565.-

S. Brandt & Co.
11221 Gartenstraße 65, I.

Pianos
neu und gebraucht, von von
Rmk. 800.- an, gebraucht von
Rmk. 250.- an

Flügel 1648
Golgen
Lauten
Mandolinen
Gitarren etc.
kleine Anzahlungen
kleine Monatsraten
bei Kasse hoher Rabatt
Pianos in Miste
Reparaturen Stimmen

Wiener & Fütter
Schmiedebriicke 48

Erwin
BRESLAU, KLOSTERSTR. 39
FERNRUUF 29820

übernimmt sachgem. Ausführung von

Erd- und Feuerbestattungen
Sr. Sarginger - Auto- u. Wagenstellung
Überführungen durch Spezialauto!
Mäßige Preise. Kostenlose Beratung.

Auch Sonn- u. Feiertags
telefonisch erreichbar

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffend. Volkes. Preis 35 Pf.
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Berücksichtigt unsere Inserenten

Berufsbekleidung für Damen

für Herren

für Lehrlinge

in jeder Ausführung — aus eigener Werkstätte — seit 45 Jahren
Nur anerkannt erstklassige Verarbeitung

Maurer-Blusen
Arbeits-Blusen
Schiffer-Blusen
sowie Kittel, Mäntel u. Unterwäsche für alle Berufe

Jacken

Gothard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Str. 13
Filiale
Breslau, Markt 10
aus dem Hause

zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit

Schenke billig und gute Bücher

VOLKSWACHT-BUCHHANDLUNGEN
Neue Graupenstr. 5 / Friedr.-Wilh.-Str. 105 / Flurstr. 4

Werkflügge in Stadt und Land!
Euer Versicherungsunternehmen, die

Volkswacht
Gewerkschaftlich — Genossenschaftliche
Versicherungsgesellschaft, ist die
größte Versicherungsgesellschaft in Deutschland.

Günstige Versicherungsbedingungen! Keine Gewaltenteilung!
Bei Unfällen doppelte Versicherungssumme!

Auswahl-Artikel bzw. Material versenden alle Vertragspartner, sowie die Rechnungsstelle:
Breslau, Morgenstraße 17, Zimmer 32/33, Ruf 20281
und der Vorstand der Volkswacht, Hamburg 5, An der Alster 58/59.

In der „Volkswacht“ haben

Stellen-Angebote
Infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen
stellen besten Erfolg

Breslauer Nachrichten

Bier ist eine Gottesgabe

Gebanten eines Gastes, der im Bilde ist

Schon seit längerer Zeit treiben einige größere Brauereien eine eindringliche Propaganda gegen die Biersteuer. Zu Hunderten liegen die kleinen, runden Bierunterlässe auf den Tischen der Gastwirtschaften mit allerliebsten Sprüchen.

Wirklich, der Propagandachef hat sich angestrengt! Auf diesen Bierunterlässen finden wir „Befehrerungen“ für den Biertrinker und auch Fragen. Einige davon seien hierher gleich beantwortet.

Der Bierunterlass:

„Bier ist eine Gottesgabe, Steuern tragen sie zu Grabe!“

Der Gast:

Wer bewilligt die Steuern? Der Bürgerblock! Die Regierung Brüning!

Der Bierunterlass:

„So, wie man das Bier versteuert, wird dein Abendtrunk verteuert!“

Der Gast:

Und wer verteuert? Die Regierung Brüning-Schiele!

Der Bierunterlass:

„Sorg, Wähler, daß die Steuerkräube, die dein Gläschen Bier nicht roube.“

Der Gast:

Die Regierung Brüning zog die Steuerkräube an.

Der Bierunterlass:

„Wähler! Schaut und gebt wohl acht, was die Volksvertretung macht.“

Laßt euch durch die neuen Steuern nicht auch noch das Bier verteuern.“

Der Gast:

Der Bürgerblock verteuert dir dein Gläschen Bier!

Der Bierunterlass:

„Steuerfrei so wie der Wein, sollte auch dies Helle sein.“

„Immer ist's der Kleine Mann, der die Steuern zahlen kann.“

Der Gast:

Noch keine Regierung hat, wie diese, die Reichen geschützt, aber den Kleinen Mann belastet!

Der Bierunterlass:

„Deutsches Bier gibt Lebenskraft aus des Urstoffes edlem Saft.“

„Laß dir den Heilquell nicht verteuern durch neue Steuern.“

Der Gast:

Nun ist ja zwar Bier keine „Heilquelle“. Das dachte wohl die Bürgerblock-Regierung und schuf neue Steuern, um den „Heilquell“ zum Verfliegen zu bringen!

Der Bierunterlass:

„Biersteuer droht! Wähler, gib acht, wer sie dir bringt!“

Der Gast:

Diesem Spruch schließen wir uns vollinhaltlich an. Wähler, gib acht, wer dir die Steuern brachte! Aber nicht nur die Biersteuer brachte uns dieses Bürgerblockkabinett. Durch die Steuer- und Zollgesetzgebung der letzten Tage werden alle Nahrungs- und Gebrauchsgegenstände eine gewaltige Preissteigerung erfahren!

Und das alles verdanken wir der Bürgerblockregierung unter Führung des Zentrumsmanne Brüning!

Wähler, hab acht!

Merkwürdiges aus der Maxklinik

In unserer Breslauer Universitätsklinik lebt ein Arzt Dr. Peter noch in der alten Buchstabenherlichkeit. Trinksüß und trinksüß verleiht er nach getaner Arbeit heitere Stunden auf dem Balkon, und zwar in Gesellschaft von Studenten und keinem besonderen Freund und Kollegen Dr. Kraus. Zwar soll die Ruhe besonders am Abend in der Anstalt nicht gestört werden; von beglücktem Balkon aber tönt nicht selten kräftiger Barbenlang. Eine Patientin beschwerte sich hierüber bei der Nachtwache, wahrheitsgemäß in Unkenntnis über die Persönlichkeiten der Sänger. Darauf ließ Dr. Peter sie am anderen Tage in den Behandlungsraum kommen, erklärte, daß sie hinausfliegen werde, und er werde sorgen, daß ihr die Rente entzogen wird, denn sie verstellte sich nur. Das Mädchen wurde auch tatsächlich aus der Klinik entlassen. Das Mädchen begab sich nun zu einem Privatarzt, der die Notwendigkeit einer sofortigen Operation feststellte. Es handelt sich um eine Nierenhöhlenentzündung, wegen der das unbemittelte Mädchen, das aus Oberschlesien stammt, sich nach Breslau in die Klinik begeben hatte, wo sie zunächst zehn Tage in anderer Weise behandelt worden war. Sie befindet sich zur Zeit wieder in der Heimat; zu welchen Komplikationen das Leiden führen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls konnte sie die Mittel zur Privatbehandlung nicht aufbringen und wo ihr zu helfen gewesen wäre, dort wurde sie hinausgewiesen, weil sie keinen Gefallen an nünftigen Büchern und Trinktöpfen gefunden hatte.

Diese Tatsachen, die bereits durch ein Breslauer Blatt bekannt wurden, fordern zur schärfsten Kritik heraus. Ein solcher Arzt gehört nicht in eine solche Anstalt. Wir haben — da es uns um billiges Sensationsinteresse wie bei manchen Wochenblättern zu tun ist — bereits weitere Schritte in dieser Angelegenheit veranlaßt und werden später noch ausführlich auf die Entdeckung dieses Falles zurückkommen. Für heute sei dieses Verhalten nur angeprangert.

Unbekannte Selbstmörderin

Dienstag abend beobachteten mehrere Personen, wie sich eine ungefräute Person von der Postern Eisenbahnbrücke in die Elbe stürzte, ohne daß es möglich gewesen wäre, der Lebensmüden zu helfen. Wie inzwischen festgestellt wurde, dürfte es sich um eine 20jährige Frau eines Versicherungsinspektors W. handeln, die el ihrer Mutter in der Wuppelstraße zu Besuch war und beim Vorübergehen von dort einen Brief hinterlassen hat, aus dem hervorgeht, daß sie sich das Leben nehmen werde. Die Leiche ist bisher nicht gefunden worden.

Mitglieder-Versammlung der Partei

Das Ende der Koalition Ein Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Sendewitz

In einer für gestern Abend in den Zentralballsaal einberufenen Parteimitglieder-Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Sendewitz über „Das Ende der Koalition“. Seit Dezember ist dies wieder — wie Genosse Sendewitz bei der Eröffnung der Versammlung ausführte — die erste Mitgliederversammlung, die zu den großen Fragen der Reichspolitik Stellung nimmt.

Genosse Sendewitz ging einleitend näher auf die inneren Zusammenhänge der nun zu Ende gegangenen

Koalition

ein, erinnerte an den Pessimismus mancher Parteikreise, die glauben, daß ohne Sozialdemokratie keine neue Regierung sich bilden könne. Und doch hat gerade der Sturz dieser Regierung gezeigt, daß noch nie so schnell eine Regierung wieder zustande gekommen ist, als nach dem Sturz der alten Koalition. Das entscheidende Moment zum Rücktritt unserer Genossen aus der Regierung waren die Forderungen der Bürgerlichen auf Reform der Arbeitslosenversicherung. Um die Reichsanstalt frei von Reichszuschüssen zu machen, will man Saisonarbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter und verheiratete Frauen aus der Versicherung herausnehmen. Hierin konnte es für unsere Genossen kein Kompromiß geben! Aber selbst wenn man auf ein eventuelles Kompromiß in dieser Frage eingegangen wäre, hätten die bürgerlichen Koalitionsparteien weitere Forderungen gestellt, um die Koalition zu sprengen.

Wir haben das Ende der Koalition nicht zu bedauern, nach 21 Monaten Koalitionspolitik ist die Lage des Proletariats trostloser und aussichtsloser als vor dem. Allerdings wäre es besser, nunmehr die Opposition von den Interessen der Arbeiterklasse als vom politischen Wetter abhängig zu wissen. Die sozialdemokratische Partei ist in der Abwehr weit stärker als in der Regierung. Die bisherige Abwehr der Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung ist ein Verdienst der Fraktion, nicht der Minister gewesen.

Den Arbeiter interessiert heute weniger die Frage: Koalition oder nicht, sondern: Wie bekomme ich Arbeit? Mit der Aussicht auf Arbeit aber sieht es sehr trübe aus. Die

Arbeitslosigkeit

wird in den nächsten Jahren weiter steigen. In den letzten vier Jahren sind allein gegen 2 Millionen Arbeiter durch die Rationalisierung freigesetzt worden; weitere Millionen werden in den nächsten Jahren folgen. Wenn wir uns auch nicht gegen die technische Entwicklung stemmen können, so haben wir doch Milderung des gegenwärtigen Zustandes zu fordern: Herabsetzung der Arbeitszeit, höhere Löhne, Freimachung von Geldern für produktive Zwecke und Wohnungsbau auf anderer finanzieller Grundlage. Die Offenlegung der Steuerlisten dürfte nach vorsichtigen Schätzungen eine Milliarde mehr Steuern bringen, die gut für solche Zwecke Verwendung finden könnten. Solche Forderungen sind aber nicht mit, sondern gegen die bürgerlichen Parteien u. a. durch Druck auf die Mittelparteien durchzuführen. Gewiß kann man damit nur die Wirtschaftskrise mildern, aber nicht solange das kapitalistische System beseitigen.

Der Redner weist nun noch auf eine Reihe von

Widersprüchen des kapitalistischen Systems

hin, die wir viel besser in unserer Agitation aufzeigen müssen. 3 Millionen Mark sind vom Reichsernährungsminister Schiele allein zum Aufkauf von Räte und zur Erhaltung des Profits bewilligt worden. So wird das Geld hungernden Steuerzahlern für Verteuerung der Lebensmittel verwendet. In Zeiten dieser großen Not sind amerikanische Lagerhäuser überfüllt, und alle kapitalistische Hoffnung ist auf eine schlechte Ernte gerichtet. Gegen solche Dinge und Ausklügelung verzieht sich dann der Begriff von „unserem Staat“ wie eine alles verdeckende Kulisse. Wir müssen in die Massen den Glauben wieder hineintragen, daß

der Sozialismus unendlich mehr zu schaffen imstande ist als die kapitalistische Gesellschaft. So betrachtet, muß auch unsere Stellung zu Rußland eine objektivere sein, als wie es bisher und in unseren Kreisen üblich ist. Bei aller Wichtigkeit der Tagesforderungen, dürfen wir nicht die Mobilisierung der Massen zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft vergessen. Erst der Sieg des Sozialismus beseitigt endgültig die große Wirtschaftskrise. (Stürmischer Beifall.)

Die Diskussion

wird vom Genossen Müller eingeleitet, der in einer längeren Entschließung eine positivere Stellung der Sozialdemokratie gegenüber Sowjetrußlands fordert und zur Einigung des Proletariats aufruft. Genosse Klotz fordert eine ausführliche Aussprache über lokale Dinge. Genosse Bock bedauert die Stellung der II. Internationale zu Rußland, und begründet untenstehende Entschließung. Auch Genossin Schramm ist gleicher Ansicht, zumal der Aufruf der Internationale den Eindruck erweckt, als ob es den Arbeitern kapitalistischer Länder besser als den russischen ginge. Genosse Kluge wünscht eine positivere Stellung der Partei zu Arbeitslosenfragen und Genosse Stumpe eine klare Oppositionsstellung und stärkere Aktionierung des Klassenkampfes. Genosse Vippmann hält jede Oppositionspolitik für sinnlos, solange wir noch in Preußen in der Regierung und dadurch besonders in der Kulturpolitik fest gehemmt sind. Genosse Krasold wendet sich gegen allzu oberflächliche und unzulässige Behandlung einzelner Fragen und gegen die Selbstüberhöhung mancher Redner gegenüber sämtlichen sozialistischen Parteien, die kritisierten Aufruf unterzeichneten. Genosse Harter ist mit der Haltung führender Parteigenossen nicht einverstanden.

In seinem

Schlusswort

kann sich Genosse Sendewitz naturgemäß nur kurz und nur mit einem Teil der in der Diskussion aufgeworfenen Fragen beschäftigen. Er warnt zunächst einmal davor, Dinge, die grundsätzlicher Klärung bedürfen, aufs Persönliche zu drängen. Das Urteil mancher Diskussionsredner zu dem Aufruf der Internationale ist zu schärf. Wir wollen eine objektive Feststellung der Tatsachen, auch wenn es uns enttäuschen sollten, wir werden dann aber auch Verständnis für manche Schwierigkeiten im Sowjetrußland zeigen. Bei alledem dürfen wir nicht vergessen, daß drüben im Arbeiterstaat es auch keine Demokratie gibt und unsere Genossen noch immer eingekerkert sind. Bei der geistigen und politischen Verfassung der heutigen deutschen Kommunisten ist eine Einigung mit ihnen nicht gut möglich. Wer eine neue Gesellschaft errichten will, muß mit ehrlichen Mitteln kämpfen. Nachdem der Redner noch ausführlicher über das Führerproblem und die Reform in unserer Organisation gesprochen, wurde fast einstimmig folgende, von Bock eingebrachte

Entschließung

angenommen:

Die SPD. Groß-Breslau kann nur mit Bedauern vom dem Aufruf der SA. an die Arbeiter Rußlands Kenntnis nehmen, da dort die Entwicklung der U.S.S.R. ohne zwingenden Grund ungünstiger beurteilt wird, als auf dem Kongress in Marzelle. Sie fürchtet, daß diese pessimistische Stimmung nicht der Rettung der russischen Revolution dienen wird, sondern zu ihrer Rückverdrängung benützt werden kann. Die ökonomischen und sozialen Fortschritte der Sowjetunion, die der Grund zu der steigenden Neugier der ganzen Welt-Bourgeoisie sind, geben der Welt ein Beispiel, daß eine Gesellschaft auch ohne Kapitalisten existieren kann, und sie verdienen ihr nachsichtiges Interesse und schubbereite Wachsamkeit.

Die Breslauer Sozialdemokratie ist der Meinung, daß der Skeptizismus gegenüber S.R. ein Hindernis ist, die so notwendige Einheit der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu erreichen. Sie will deshalb den Aufruf der SA. erweitern mit der Gegenwart entsprechenden Forderung: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch zum Schutze der Sowjetunion!

Aus Breslaus Gerichtssälen

Mit dem Messer gegen den Arbeitskollegen

In der Nacht zum 17. November v. J. nach der 11jährige angetrunkene Bauarbeiter Heinrich Krause den 28 Jahre alten Bauarbeiter Fritz Stroh ohne rechte Veranlassung mit seinem Taschenmesser in die linke Schulter. Die Stiche, die bei einer normalen Verletzung nicht tödlich gewesen wären, waren dann doch der Anlaß dazu, daß Stroh sein Leben lassen mußte. Am Dienstag stand nun der Messerstecher vor dem Schwurgericht, um sich wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten.

Krause ist kein unbekanntes Blatt; er neigt besonders, wenn er betrunken ist, zu Gewalttätigkeiten. Er hat sich auch schon einmal eine schwere Körperverletzung zuzuschreiben kommen lassen. Auch seine Frau beklagt sich über ihn, daß er ein roher Mensch sei, der alles vertritt und der ihr auch schon die Zähne ausgeklagen habe. Teht vor Gericht macht Krause einen sehr günstigen Eindruck, der sehr viel weinte, besonders, als ihm der Vorlesende vorhält, daß er sich doch etwas mehr hätte vorsetzen müssen, da er doch weiß, daß er in der Trunkenheit zu solchen Verbrechen neige.

An jenem Abend hatte Krause sehr reichlich dem Alkohol zugeproben. Als er an dem genannten Tage um 12 Uhr nachts mit seiner Frau und seinen Freunden das Lokal von Drabe auf der Mauritziusstraße verließ, um über das Ohlauufer zur Freiheitsbrücke zu gehen, hatte auch eine andere Gesellschaft, zu denen Stroh gehörte, den gleichen Weg eingeschlagen. Aus einem ganz natürlichen Anlaß, einer hatte dem anderen an das Fahrrad gestoßen, entwickelte sich zwischen den beiden Parteien ein Wortwechsel. Der betrunkenen Krause legte plötzlich seinen Mantel ab und ließ dem völlig unbeteiligten Stroh das Taschenmesser zweimal in das linke Schulterblatt. Die Verletzung heilte scheinbar recht gut. Doch am 25. November traten Schmerzen auf,

die Wunden waren zwar verheilt, aber es hatte sich in der Nähe eine Geschwulst gebildet. Am 8. Dezember mußte Stroh operiert werden, da Fieber und Eiterungen eingetreten waren und am 18. Dezember wurde eine Blutvergiftung festgestellt, die fünf Tage später zu seinem Tode führte. So war zwar die Stichverletzung nicht die unmittelbare Todesursache, aber es waren später Bakterien von außen eingewandert und hatten so die schwere Infektion hervorgerufen. Nach den Gutachten der Sachverständigen ist zwar durch das Messer selbst die Infektion nicht hervorgerufen worden, doch ist die Stichverletzung der Ausgangspunkt der Blutvergiftung und somit trägt der Angeklagte die Schuld an dem Tode des Stroh. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte ist zwar geistig minderwertig und sehr leicht erregbar, aber in Anbetracht der Brutalität, mit der er gegen den unbeteiligten Menschen losging, stand er auf dem Standpunkt, daß ihm mildere Umstände zwar nicht zuzubilligen seien, doch um ihn nicht ins Zuchthaus zu schicken, wäre eine Gefängnisstrafe die entsprechende Strafe. Das Gericht erkannte auf die Mindeststrafe bei Verlegung sildernder Umstände von drei Jahren Gefängnis. Die Untersuchungsfrist, in der er sich seit dem 18. Januar v. J. befindet, wurde ihm voll auf die Strafe in Anrechnung gebracht.

Die Meineidsfende

In keinem anderen Prozeß werden soviel fassche Eide geleistet, wie in Ehecheidungs- und Alimentenprozessen. Vor dem Schwurgericht hatte sich jetzt auch wieder eine Näherin zu verantworten, die in einem Ehecheidungsprozeß beschworen hatte, daß sie sich mit dem beklagten Manne weder gebaut habe, noch Zärtlichkeiten mit ihm ausgetauscht, noch in engeren Beziehungen zu ihm gestanden habe. Das entsprach aber nicht den Tatsachen, und nur um dem Mann zu helfen, daß er nicht für der schuldige Teil befunden würde, hatte sie die falschen Aussagen gemacht, deren Tragweite sie sich wohl nicht bewußt war. Da ihr der Milderungsparagraph zur Seite stand, daß sie sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigt, wenn sie die Wahrheit gesagt, beantragte der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend.

Das Wort hat jetzt eine proletarische Frau und Kampfgenossin, die mit Recht so beliebte Genossin Cläre . . .

Vertrauen für Lüdemann

Schick der Verabredung - Die Nazis haben Vertrauen zu Herrn von Thaez - Jüdisch-Nationalistische Klagen bei der Beratung des Provinzhaushalts - Sind die Schlesier keine Germanen? - Die Nazis wollen keine Bauern-Hochschule - Fürsorgezöglinge sollen keine Leistungen leisten - Der „Erfolg“ des Mißtrauensantrages gegen den Oberpräsidenten

Es gab zu den Begleiterscheinungen des parlamentarischen Lebens, daß abgelehntes Mißtrauen praktisch zur Vertrauensstimmung wird. So mußten es gestern die Abgeordneten im Provinzialparlament erleben, daß ihr Antrag:

„Der Herr Oberpräsident Lüdemann genießt nicht das Vertrauen der nieder-schlesischen Bevölkerung. Die preussische Staatsregierung wird ersucht, ihn sofort abzuernen“

durch seine Ablehnung zum Vertrauensvotum wurde; zu einem Vertrauensvotum, das umso bedeutsamer ist, als bei der Abstimmung die nationale Front abdrückte und die kommunistische Fraktion, entgegen ihrer zuerst von Wollweber gegen den „Sozialsozialisten“ Lüdemann abgegebenen Erklärung - wohl ein Erfolg des Herrn von Gohler - sich der Stimme enthielt.

Den Anstalt zu dieser Lüdemann-Debatte gab natürlich

Herr Herda,

der in einer wüsten Sammelfuriumrede die allerinfachsten politischen und personellen Zusammenhänge durcheinanderbrachte, den Genossen Lüdemann offenbar zur rassistisch nicht nazi-förmig hielt seinen Furor Teutonico aus die Beamten des Oberpräsidiums auszudehnen verlor, indem er den volksparteilichen Regierungsrat Meydam, dessen angeblich jüdisches Lächeln ja schon im Schweidnitzer Prozeß Herdas germanisches Gemüt in Wallung gebracht hatte, vom Regierungspräsidenten zum Oberpräsidenten versetzte, Otto Braun zum „höchsten Beamten des Reiches“ avancieren ließ und Lüdemann für Maßnahmen des Regierungspräsidenten verantwortlich machte. Einen Direkt überwindlichen „Witz“ leistete er sich mit dem Vorschlag, man möge Lüdemann doch dem Vorbild anderer Ehrendoktoren nach - leider vergaß er hierbei Ludendorffs medizinischen Ehrendoktor zu nennen - „zum Doktor humoris causa“ zu ernennen. Trotz seiner Antipathie gegen alles „rassistisch-fremde“, morunter alles Sozialdemokratische bekanntlich ohne weiteres mitgezählt wird, hatte Herda trotzdem die feinsinnige Erwartung, daß bei Annahme seines Antrages, die preussische Staatsregierung den ihm unsympathischen Oberpräsidenten abberufe.

Abg. Wollweber nannte das dann den Teufel bei seiner Strohwatter verlagern; Wollweber sprach im Uebrigen mit Betonung und viel Witz gegen die Nazis, nannte ihr Ausschließen ein Passpartout für alle Synagogen, worauf ihm prompt erwidert wurde, er verstände nichts von Synagogen, und erklärte, die Kommunisten urteilen nicht nach Rassefragen, sondern nach Klassenzugehörigkeit, bezw. Funktion, warf dann aber seine theoretisch nicht schlecht aufgebaute Konstruktion über den Haufen, indem er ohne jede Begründung das blödsinnige Stichwort des „Sozialsozialismus“ zum Anlaß nahm, einen logischen Kopfsprung zu machen und am Schluß zwar nicht den Vorwürfen, wohl aber dem Inhalt nach seine Zustimmung zu dem Antrag abzog. Sein Wort, daß Lüdemann - es gegenüber den Nationalsozialisten - „ja gar nicht so meine“, bewahrheitete sich dann allerdings sehr schnell bei ihm und seinen Parteifreunden, die sich in letzter Minute offenbar überlegten, daß ihre Einheitsfront mit Zuhälter-Frank und dessen Gefinnungsgenossen gegen den aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Oberpräsidenten wohl auch von kommunistischen Arbeitern nicht mehr verstanden würde. Herda, der ihm Lügner zugerufen hatte, erhielt einen Dornenruf, ebenso Wollweber selbst für den Ausdruck „Bananenparlament“, den er in vorbildlicher Selbsterkenntnis gebraucht hatte.

Genosse Bretthorst

nahm namens der Sozialdemokraten zu dem Antrag Stellung und stellte vorweg fest, daß Herda ja eigentlich gar keine Begründung dafür gegeben habe, daß der Oberpräsident nicht das Vertrauen der nieder-schlesischen Bevölkerung besäße. Es sei den Nazis wohl lieber, wenn der Oberpräsident statt ihnen - wie sich Herda ausgedrückt hatte - Knüppel zwischen die Beine zu werfen, nach nationalsozialistischer Sitte mit dem Knüppel über dem Kopf hauen würde. Das Häuflein Ungeheuer in der rechten Ecke war in seinem rassistischen Aussehen nach in jedes Botschafterparlament und habe während der ganzen Tagung ungenügend irgendwelche praktische Arbeit geleistet. Interessant sei es festzustellen, daß Graf Kaiserling sich später für seine Stimmentgabe bei der Unterstufungsfrage dieses Antrages anderen Herren gegenüber mit einem Tertium entschuldigte. Dann zitierte Genosse Bretthorst die „Schlesische Zeitung“ von 1918, als sie sich über den Aufstieg bewährter Männer aus dem praktischen Leben in die Verwaltung ausließ und warf die Frage auf, wer von dieser Arbeiterpartei denn eigentlich Arbeiter sei. Seine Ausführungen wurden natürlich lebhaft von den Nationalsozialisten unterbrochen, so daß Bandmann schließlich mit Aufhebung der Sitzung drohte.

Für die Deutschnationalen gab Abg.

von Gohler

die Erklärung ab, daß sie den Antrag unterstützen werden, da auch sie der Auffassung seien, daß sich der Oberpräsident über den Parteien zu halten habe. In dieser Beziehung gebe der augenblicklich amtierende Oberpräsident Anlaß zu erheblichen Beanstandungen. Die Haltung richte sich aber etwa nach - Erkläre mir, Graf Derindur? - gegen ihn, weil er Sozialdemokrat oder ein Angehöriger des Arbeiterstandes ist. Nachdem der Vorsitzende Bandmann darauf hingewiesen hatte, daß der erste Teil des Antrages unzulässig sei, die Abstimmung nur über den zweiten Teil erfolgen könne, nachdem der Rajmann über nochmals eine Erklärung abgegeben hatte, beantragte Abg. Fränkel (Dem.)

namentliche Abstimmung.

Das war ein Signal zum Ausbruch einer Anzahl Deutschnationaler, die Volks- und Wirtschaftsparteiler verließen den Sitzungssaal. Bei dem namentlichen Aufzählung wurden insgesamt 72 Stimmen abgegeben, von denen 24 auf Ja und 48 auf Nein lauteten. Der Antrag war damit abgelehnt. Die Kommunisten blieben im Saal, enthielten sich aber der Stimme. Als der Mißtrauensantrag stimmte: Nationalsozialisten: Zuhälter-Frank, Gohler, Herda, Komal, Wollweber, Wollweber, Deutschnationalen: von Gohler, Bauer, von Hildebrandt, Thum, Dierig (II), von Gohler, von Thaez, Hölzer, Schmidt, Krause, Schol, Wamsfeld, Schnabel-Schmidgauer, Gemald, Hoffmann-Dignitz, Kimmel, Schenk, Quabe, Klauer.

Die Verabredung

Die Nazi-Fraktion im Provinzialparlament hat sich mit dem Oberpräsidenten Lüdemann über den Inhalt des Mißtrauensantrages abgeklärt. Die Nationalsozialisten haben sich mit dem Oberpräsidenten abgeklärt. Die Nationalsozialisten haben sich mit dem Oberpräsidenten abgeklärt. Die Nationalsozialisten haben sich mit dem Oberpräsidenten abgeklärt.

verständlich gegen die Sozialdemokraten, gegen die Ausweitung der Beschäftigung der Anstalten, weil dies nur dazu diene, die Beamten zu beschleunigen, aber auch gegen die Spartkommission des Grafen Kaiserling, die er für überflüssig hält; denn sein Vertrauen in die Landesverwaltung ist unbegrenzt. Dieses Vertrauen kam in einem wohlgeleiteten Lob des Landeshauptmanns (links - zweifelhaftes Lob) auch recht munterlich zum Ausdruck. Nichtsdestoweniger lassen sich die Herren aus dem Dritten Reich nicht dazu herbei, den Etat zu bewilligen. Sie lehnen ihn ab, weil sie gegen jede Steuererhöhung sind, was Herda und seine germanischen Gefinnungsbrüder aber später nicht hinderte, die Etats der Anstalten zu bewilligen und Erweiterung der Ausgaben zuzustimmen.

Der Kommunist Malzer hat den Etat studiert, sorgfältig studiert, und hält daher eine ausführliche, gründliche und bekante sozialdemokratische Rede dazu. Recht witzig, aber etwas konfus, ist der demokratische Kaufmann Dr. Franke aus Reichenbach, der sich für die Privatisierung der Breslauer Werke einsetzt, auch gegen die Zentralisierung des Einkaufs bei den Provinzialanstalten ist und gerne möchte, daß man nur nieder-schlesische Kohle steuere, wozu neben sachlichen Einwendungen der Landeshauptmann später mit leichter Ironie bemerkt, daß Ober-schlesien doch noch nicht „Reichsland“ sei. Gegen Rechts polemisiert Dr. Franke mit überlegenem Humor, der lebhafteste Heiterkeitserfolge erzielt, insbesondere, als er das Verhältnis der Nationalen zu den Nazis mit dem schönen Schemmwort umschrieb: Wamier mit nicht, mein schönes Kind... Genosse Koecher begründet eindringlich und eingehend den Antrag der Sozialdemokraten auf Wohnungsbauförderung, wobei er wirkungsvoll von den Folgen des einseitigen Wohnungswesens im Industriegebiet berichtet. Rechts macht man darüber faule Witze. Recht lebhaft wird es dann, als Abgeordneter Hiltmann vom Bauernbund zu dem Antrag auf Schaffung einer

Bauern-Volkshochschule

Stellung nimmt, wobei er davon ausgeht, daß der Spruch von dem dümmsten Bauern mit den größten Kartoffeln schon lange nicht mehr gelte, daß die Bildungsmodalität des Bauernstandes erweitert werden müsse und die bestehenden Anstalten weder genügen, noch sonst befriedigen, da beispielsweise in der Landvolkschule in Reichenbach O. V. völkische Rassenlehren gepflegt werden. Das machte natürlich die allein kompetenten auf diesem Gebiet mobil. Auf die Nazi-Zwischenrufe bemerkt er sehr richtig, daß auch die Nazi-Fraktion nicht gerade das Bild unzweifelhafter nordischer Rassenhaftigkeit zeige, daß überhaupt in Schlesien wohl zwei Drittel Bevölkerung mit slawischem Volkstum vermischt sei. Nun geriet der ganze Landtag in Aufregung; die Nazi tobten (die Gebrüder und Prozeßgenossen des Herrn Herda, die auf den nordischen Namen Tjeckal hören, waren ja nicht unter ihnen), die Deutschnationalen ließen durch Graf Kaiserling Pfui rufen, und auch der sonst so zurückhaltende Landeshauptmann schüttelte mit schließlichem Witzfallen den Kopf. Sozial germanisches Bewußtsein hat es schon lange nicht mehr auf einem Fleck gegeben. Auch sonst ging der Bauernvertreter mit der Rechten ziemlich ins Zeug, um am Schluß in verhöhrenden Worten an die agrarische Solidarität zu appellieren. Es ist ein merkwürdig Ding, um diese Bauernpolitik.

Ein Dementi

namens des Kammerpräsidenten Bernuth gab im allerhöchsten Auftrag der volksparteiliche Landwirtschaftsminister Krause begütigend eines am Vortage von Janona gebrauchten Stats ab. Bernuth war demzufolge nur bereit, persönlich seine Bedenken gegen das polnische Schwein zurückzustellen, wenn die Preise des Schweins sich halten ließen. Dann protestierte Krause mit germanischer Stammesenergie gegen das polnische Blut, das Hiltmann den Schlesien unterstelle, während im Hintergrund der Rastur „Sastarbe“ ertönte. Einen

Appell an die Altertumsforschung

zur Wiederherstellung des germanischen Renommee richtete Abgeordneter Bauer (Dnt.) der sich natürlich auch wie wild dagegen wandte, daß in schlesischen Aedern palnisches Blut rolle, in einer Zeit, wo wir kämpfen, daß es nicht der Fall ist. Interessant war seine Feststellung, daß gewisse landwirtschaftliche Produkte nicht abzugeben sind. Darin ist natürlich nicht der Widerspruch der Anarchie des kapitalistischen Warenmarktes, sondern das „System“ schuld. Früher, als man noch einen Kaiser hatte, da war es anders, da bekam man noch „ehrliehen Lohn für ehrliche Arbeit“. Er sah auch sehr abgearbeitet aus, der Bauer Bauer. Der Renommierbauer in der feudalen Rechtsfraktion, Glauer, redete wie üblich, den Landtag mit „meine lieben Freunde“ an, und ist sich anscheinend nicht darüber klar, daß seine Grundansetzungen in die Gedankenwelt der jüngerlichen Landwirte recht schlecht hineinpassen. Eine längere

Rede des Landeshauptmanns

war in der Form wohl abgewogen, sachlich betont in ihrer Stellungnahme gegen alles, was von der Sozialdemokratie kam, so daß seine Worte von der „prinzipiellen Opposition“ die Hsling meist getrieben worden sei, wohl auch für ihn gelten konnten. Er findet, daß das Elektrizitätswerk sehr gut arbeite, weil es keine Zuschüsse brauche, was Charbonnier mit dem Zwischenruf „das wäre ja noch schöner“, quittiert. Beachtlicher war wohl das Argument, daß das Provinzwerk Strom nicht direkt abgibt, sondern an die Gemeinden und Genossenschaften liefert. Das ist doch ein sehr lobenswerter Gedanke, wenn man bedenkt, daß die völkischen Theorien in Reichenbach föhren ihn natürlich nicht. Wohl aber Hiltmanns legerliche Bemerkung über die Rassenmischung der Schlesier, die er - ohne animos gegen Ober-schlesien sein zu wollen - recht lebhaft als eine Entgeißelung bezeichnet und annahm, daß er damit die Zustimmung des ganzen Hauses erhalte. Der auf die Rechte beschränkte Beifall zeigte jedoch, daß er sich hierin wohl ein wenig getäuscht hatte. Beiläufig des zentralen Einkaufs der Provinzialanstalten ist der Landeshauptmann dazwischen, daß man „das Drücken auf die Waage nicht überspanne, daß also offenbar der Einkauf bis zu einem gewissen Grade Subventionspflicht an die Lieferanten betreibe. Merkwürdigerweise protestierte keiner der sonst so sparsamen Steuerzahler auf die Rechten hin.

In einer völkischen Bemerkung betonte Abg. Hiltmann (Dnt.), daß er in der Tatlage der Rassenmischung keine Herabwürdigung des deutschen Volkes sehen könne. Es folgte eine Reihe

Abstimmungen

über den Etat und die mit ihm zusammenhängenden Anträge. Da ein Antrag der Sozialdemokraten, 50 000 Mark für Wohnbauförderung, der Zweck der Dauerunterbringung und der Erhaltung der Anstalten eingeleitet, überausbedauerlich mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, des Zentrumsmanns, Bauern und der Nazi, die dann ein Privatstimmum von Rechts nicht gefaßt bekommen, angenommen wurde, erreichte die Kammer bei der Steuerumlagefrage von 14,05 auf 14,14 Prozent die Entscheidung, daß der Etat erhöht werden müsse. Das brachte den Oberpräsidenten Lüdemann in Bedrängnis, der sich

Kraftfahrsteuer 50 000 Mark mehr in Einnahme sehen. Der Etat ergab sich die merkwürdige Situation, daß Kammer und Landeshauptmann für die Verwaltung unter lebhafter Zustimmung der Sozialdemokraten erklärten, für eine neue Beschlossene Ausgabe müsse auch eine entsprechende, nicht eine fiktive Deckung geschaffen werden. Nach einigem Hin und Her blieb es dann bei dieser Erhöhung von 2,25 Prozent Steuererhöhung. Im übrigen wurde der Gesamtetat gegen die Deutschnationalen, denen diese 0,09 Prozent schwere Gewissensbedenken bereiteten, nachdem der Finanzausschuß noch eine Reihe Änderungen genehmigt hatte, in Einnahme und Ausgabe mit 78 741 800 Mark bei einem Steuerbedarf von 8 190 480 Mark und einem Anleihebedarf von 9 001 300 Mark ab. In einigen Anträgen, die im Finanzausschuß zustande gekommen waren, wurde festgelegt, daß der Steueretat herabgesetzt wird, wenn der Etat der Kraftfahrzeugesteuer den eingesehten Betrag übersteigt, daß der Provinzialausschuß die Anleihen begeben kann, daß kurzfristige Darlehen vom Landeshauptmann auch gegen Wechsel aufgenommen werden können, daß im Jahre 1930 steuerwerde Beschäftigtenstellen nur durch den Provinzialausschuß besetzt werden, daß für die Verwaltung und Beaufichtigung des Elektrizitätswertes eine Kommission eingesetzt wird (der von unserer Seite Genosse Troeger angehört), daß schließlich eine Spartkommission eingesetzt wird.

Abgelehnt

wurde der gestern wiedergegebene Antrag unserer Fraktion für Wohnungsbauförderung; nur die Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten für ihn. Ebenso ein Antrag auf Ausschüttung von 10 000 Mark für Verkehrserweiterung und die Bauern-Volkshochschule, wobei sehr interessanterweise nur die Sozialdemokraten, Bauern, 2 Zentrumsmleute und die Demokraten für, die gesamte Rechte einschließlich der Nazis aber dagegen stimmten. Infolge des Fehlens einer Anzahl Abgeordneter unserer Fraktion, die zum Landreistag in München delegiert waren, ergab sich trotz schlechtem Wetter auf der Rechten hierbei das Stimmverhältnis von 50 ablehnenden zu 48 zustimmenden Abgeordneten. Später wurde dann erwidert, daß auf der etwas unübersichtlichen Tagesordnung ein Ausschlußantrag auf Überweisung in den Provinzialausschuß gestellt worden war, über den noch einmal nachträglich abgefragt wurde. Er wurde angenommen, so daß die feudalen Bauern auf der Rechten sich ihre Stellung zu der Frage noch einmal überlegen können. Eine Anregung der Sozialdemokraten, die Zahl der Beamtenstellen beim Elektrizitätswerk auf 48 und der Stellen auf Privatdienstvertrag auf 3 zu begrenzen, fand auch nur die Unterstützung der Kommunisten, nachdem die Demokraten sich nach einigen Überlegungen dagegen entschieden.

Die Einzel-Haushaltpläne der Anstalten wurden durchweg angenommen. Auch die Reiter Deutschlands aus dem Schweidnitzer Volksgarten stimmten für Annahme, während sie in vollendeter nationalsozialistischer Verbildung den Gesamtetat ablehnten. Die Sitzungen des

Landesjugendamt

wurden, nachdem im Ausschuß heftige Kämpfe, vor allem zwischen Zentrum und Sozialdemokraten, hierüber ausgefochten worden waren, nach den Vorschlägen des 5. Ausschusses über die Gewerkschaften, angenommen. Bei der anschließenden Wahl der katholischen Wahlgemeinschaft, eine der hierfür gebildeten Sozialdemokratie. Da die zwei während der Lehrtage in der Wahlrechtswahl bestimmt wurden, gingen natürlich die sozialdemokratischen Vorschläge hundertprozentig durch. Gewählt wurde der Breslauer Rektor W. Kraus und ein Fräulein Hildegard Teuber aus Gottesberg. Die in der Jugend-Wahlwahl erfahrenen Männer und Frauen wurden hingegen in der Wahlrechtswahl gewählt, so daß die Sozialdemokraten mit der Genossin Reiller und Fris Piesch zwei Vertreter, sowie die Christen mit Fräulein von Groot und Pastor Winkler, dem Leiter der Breslauer Stadtmision, zwei Vertreter besaßen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Auslegung der Zeitungen der wichtigsten politischen Richtungen in den Anstalten, insbesondere in den Erziehungsanstalten, sollte nach der Empfehlung des Ausschusses an den Provinzialausschuß überwiesen werden. Die Spießbürger, deren Ideal der im luftleeren Raum einer fiktiven Anshaltung hochgezogene unpolitische Bürger ist, ließen dagegen Sturm und der Degenerent hatte Bedenken, wobei man aber immerhin erfuhr, daß in Wolau Zöglinge auf eigene Kosten den Generaler abonnieren. Leider wurde dabei nicht erwähnt, was wohl die in konfessionellen Privatanstalten untergebrachten Zöglinge für Lesestoff vorgelegt erhalten. Genosse Baumgart, der den Antrag beantragte, wandte sich u. a. auch an die Presse mit der schon vielfach ausgesprochenen Bitte, bei Bergehen Jugendlicher nicht immer die Bezeichnung „Fürsorgezögling“ zu gebrauchen. Mit 40 gegen 38 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Einen parlamentarischen „Erfolg“ zeigte ein Nazi-Antrag, daß der Provinzialausschuß bei der Reichsregierung vorstellig werden soll, damit der Rastbinder billiger werde; der Antrag wurde angenommen. Gegen die Rechte fand auch die bereits genannte Entschädigung für die Herstellung

geregelter Handelsbeziehungen mit Polen

Annahme. Hierauf erfolgte die Abstimmung über den Lüdemann-Antrag der Nazis, worauf nach Dankesworten des Vorsitzenden an die Abgeordneten, Oberpräsident Genosse Lüdemann in seinem Schlusswort als Staatskommissar den Wunsch aussprach, daß künftig allgemeine politische Aussprachen an den Anfang der parlamentarischen Arbeiten des Provinzialparlaments gestellt werden mögen. Er habe im übrigen die Hoffnung, daß die in entscheidenden Fragen fast einmütigen Beschlüsse des Hauses sich zum Wohle der Provinz auswirken werden.

Breslauer Produktenbörse vom 14. Mai 1930

Amliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 14. Mai 1930. An der Börse im Großhandel geachtete Preise für volle Wagenladungen. In Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis). Weizen, Roggen, Hafer und Gerste für 1000 kg = 1 Tonne (trassiert) Breslau. Delfaaten, Hülsenfrüchte Futtermittel, Wehl für 100 kg. Sommererbsen 50 kg ab Erzeugerstation. Kartoffeln, Rauhfutler 50 kg ab Erzeugerstation.

Tägliche Amliche Notierungen (100 kg)					
	14.	13.			
Getreide.					
Weizen (schlesischer)					
Sektollergewicht von 74,5 kg Durchschn. Qual., gelund und trocken	274.00	274.00			
Sektollergewicht von 76,5 kg gut, gelund und trocken	277.00	277.00			
Sektollergewicht von 72,5 kg trocken für Mischweide verwendbar	267.00	267.00			
Roggen (schlesischer)					
Sektollergewicht von 71,2 kg Durchschn. Qual., gelund u. trocken	164.00	164.00			
Sektollergewicht von 73 kg gut, gelund und trocken	168.00	168.00			
Sektollergewicht von 70 kg trocken für Mischweide verwendbar	152.00	152.00			
Hafer, mittlere Art und Güte	150.00	150.00			
Braugerste, feinste	185.00	185.00			
gute	177.00	177.00			
Sommergerste, mittlere Art und Güte	170.00	170.00			
Wintergerste	170.00	170.00			
Industrieerbsen					
Zerdens, Rubig					
Amliche Notierungen für Mühlenzweckstoffe					
	14.	13.	14.	13.	
Weizenmehl (70%)	38.75	38.75	zusammen	34.75	34.75
Roggenmehl (70%)	14.50	14.50			
Roggenmehl 75 prot. 1. KRZL. 60 prot. 2. KRZL. teurer.					
Zerdens, Rubig.					

Wert ständig für unsere Zeitung!

Der Serum-Tod von Lübeck

Eine furchtbare Katastrophe hat sich im Säuglingsheim der Stadt Lübeck ereignet. Von 246 Säuglingen, die mit dem neuen Antituberkulose-Serum des französischen Bakteriologen Calmette geimpft worden sind, sind acht an Tuberkulose gestorben, 28 liegen todkrank daneben.

Die Lübecker Gesundheitsbehörde hat das im Jahre 1921 entdeckte Mittel, nachdem es zunächst am Pasteur-Institut in Paris, später in ganz Frankreich, England, Holland, Rumänien, Polen, Ungarn und Belgien ausprobiert und zum Teil eingeführt worden ist, seit Februar 1930 allgemein empfohlen. Die verantwortlichen Lübecker Ärzte, Professor Deyde und Medizinalrat Miksch, können sich das katastrophale Versagen des Mittels überhaupt nicht erklären. Gutachten bestreiten, daß irgend ein Fehler bei der Zubereitung der Kulturen aus Paris oder bei ihrer Weiterentwicklung vorgekommen sein kann. Bevor die aus Paris kommenden Kulturen der Hunderttuberkel-Bazillen den Lübecker Kindern im Essen gereicht worden sind, wurden sie noch einmal an Meerschweinchen erprobt und für gut befunden. Die Kinder sollten durch das Mittel, durch das wie bei der Pockenimpfung ein Schutzstoff entwickelt wird, für ihr Leben gegen Tuberkulose immun werden. Stattdessen folgte ein Teil der Kinder Anzeichen von Tuberkuloseerkrankungen: Anschwellungen der Hals- und Bauchdrüsen, Ausschläge usw. Insgesamt sind 50 Prozent aller seit Februar in Lübeck neugeborenen Kinder mit dem Calmetteschen Mittel geimpft worden. Jetzt ist die Anwendung des zweifelhaften Heilverfahrens verboten worden. Die Theorie Calmettes, die neuerdings in Frankreich allerdings wieder sehr umstritten ist — besonders wird gegen sie das auch in Deutschland lebhaft diskutierte Friedmannsche Mittel ausgespielt — behauptet, daß durch die Verpflanzung der Bazillen auf künstlichen Nährboden die Virulenz dieser Bazillen so abgeschwächt wird, daß eine krankmachende Wirkung nicht mehr bestehen kann. Im allgemeinen ist der menschliche Darm für Bazillen überhaupt nicht durchgängig. Immerhin sind Neugeborene in dieser Hinsicht noch nicht so unempfindlich. In Berlin ist das Calmette-Verfahren besonders im Koch-Institut ausprobiert und experimentell nachgeprüft worden. Professor Hrici, ein hervorragender Fachmann auf diesem Gebiete, erklärt im Gegensatz zu den Lübecker Ärzten, daß man sich in Berlin durchaus nicht reflexlos von der Harmlosigkeit des Verfahrens habe überzeugen können. Es müßte jedoch nachgeprüft werden, ob in Lübeck auch tatsächlich das Originalverfahren bzw. der Originalimpfstoff von Calmette zur Anwendung gelangt sei.

Wolkenbruch im südlichen Schwarzwald

Im Simonswälder Tal und im anschließenden Elztal ging gestern nachmittags ein heftiger einfüßiger Wolkenbruch nieder, dem ein mehrstündiger Dauerregen folgte. Die Elz führt infolgedessen riesige Wassermengen, die das etwa 1 Kilometer breite Tal vollkommen unter Wasser gesetzt haben. Teilweise steht das Wasser über einen Meter hoch. Die Felder und Wiesen sind vollkommen verwüstet. Zahlreiche Bäume sind entwurzelt. Viele Häuser haben Schaden erlitten. Kleine Gebäude sind eingestürzt. Die Elzthalbahn kann nur bis Waldkirch verkehren. Zwischen zwei Dammbruchstellen wurde der Personenzug eingeschlossen, der Freiburg um 4,13 Uhr verlassen hatte. Die Passagiere können nicht weiterbefördert werden, da auf den überschwemmten Landstraßen kein Verkehr möglich ist. Auch der Telegraphenverkehr ist vollkommen unterbrochen. Man hofft, daß das Wasser in dem verhältnismäßig steilen Tal rasch in die Ebene gelangt und bald abfließt.

Schacht III in Bienenburg endgültig verloren

Das Laugewasser in den Schächten II und III ist weiter so angeklagen, daß der Sicherungsmauerloch in Schacht III etwa 100 Meter höher, in der vierten Sohle eingeseht werden mußte. Gestern nacht mußte man Schacht III als endgültig verloren aufgeben und die Spezialarbeiter wieder zurückziehen. In dem großen Krater an der Grauhöfer Güterzugstraße dauern die erheblichen Erdnacktkürze an. Hierdurch ist jetzt der Krater nach unten fast verstopft und es bildet sich immer höher steigender See. Es ist beabsichtigt, Schacht III bis zur vierten Sohle zuzuschütten und mit einem etwa 30 Meter hohen Betonklotz abzuschließen. Der gestern nachmittags infolge der Erdrutsche unterbrochene Eisenbahnverkehr Bienenburg-Braunschweig ist durch Umleitung über ein Nebengleis wieder aufgenommen worden.

Südbayern unter Hochwassergefahr

In Südbayern ist durch die ununterbrochenen Regenfälle der letzten Tage und die dadurch hervorgerufene neue Schneeschmelze im Gebirge Hochwassergefahr für Südbayern eingetreten. Nach der letzten Nacht liegen bereits von folgenden Flüssen Hochwasser-meldungen vor: Von der Isar bei Sonthofen und Rempten, vom Lech bei Lechbrunn, von der Ammer bei Oberammergau, von der Loisach bei Garmisch, von deryar bei Mittenwald, Lengries und Tölz.

Liegen zu Dreien in der Aggertalsperre

Auf der Krone der Aggertalsperre fand man gestern ein herrenloses Auto. In ihm wurden Papiere gefunden, die auf den Namen des Kaufmanns Paul Raeschbach aus Wald bei Solingen lauteten. Außerdem befand sich im Wagen ein Zettel mit der Aufschrift: 'Wir liegen zu Dreien in der Aggertalsperre'. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß es in Solingen tatsächlich einen Kaufmann dieses Namens gibt. Gestern nachmittags ist Raeschbach in Begleitung seiner Frau und seines Kindes von Wald weggefahren. Es besteht somit kaum ein Zweifel darüber, daß alle drei in der Sperre den Tod gesucht und gefunden haben.

Helene Lange gestorben

Dr. h. c. Helene Lange, die Veteranin der Frauenbewegung, verschied gestern abend in Berlin nach langem Leiden im Alter von 89 Jahren.

Reisitzer im Glarner Hausloch

Das ununterbrochene Regenwetter legte den Alpenstock im Saaschodmassiv, von dem bereits im November 1928 Bergpartien abzurufen, wieder in Bewegung. Ein größerer Abbruch sperre das südwestliche Tal, so daß sich ein Glarus bildet. Ein Militär- aufgebau wird zur Disziplinierung erwartet.

Der Deutschland-Flug der D 2000

Von unserem an Bord des Riesensflugzeuges befindlichen Korrespondenten

Am Mittwoch morgen um 6 Uhr startete in Dessau D 2000, die neue Riesensmaschine der Junkers-Werke, zurzeit das größte Landflugzeug der Welt, zum ersten Ueberlandsflug; mehrere Pressevertreter nahmen an dem außergewöhnlichen Erlebnis teil.

Im Kampf gegen den Nebel.

Der Flug stellte die Maschine infolge des schlechten Wetters gleich auf eine sehr harte Probe, die sie aber dank ihrer außerordentlichen Manövrierfähigkeit glänzend bestand. Die Reise führte zunächst von Dessau über Magdeburg und Salzwedel in der Richtung nach Hamburg. Das Wetter wurde aber so schlecht, die Wolken hingen so tief und begrenzten die Sicht so sehr, daß die Piloten die Maschine über der Lüneburger Heide wendeten und Kurs auf Hannover nahmen. Indes konnten die an Bord einlaufenden Wettermeldungen auch für die neue Flugrichtung keine Besserung versprechen, so daß der Kurs abermals geändert werden mußte. In der 10. Vormittagsstunde kreuzte die Maschine über Berlin und empfing die Meldung, daß im Osten und Nordosten Deutschlands heftiger Flugwetter herrschte. Der Flug wurde daher in östlicher Richtung bis nach Frankfurt a. M. und dann in nördlicher Richtung über Stettin bis zur Ostseeküste fortgesetzt. Trotz böigen Wetters lag die Maschine ruhig in der Luft. Die Piloten überflogen streckenweise das offene Meer und nahmen dann über Stralsund, Trampmünde und Lübeck Kurs auf Hamburg. Hier geriet die Maschine wieder in dichten Nebel und mußte sehr tief heruntergehen. Von Hamburg wurde in gerader Luftlinie der Rückflug nach Berlin durchgeführt.

Die Landung in Berlin.

Das hiesige Regenwetter ist der Sonne gewichen. Hell und weit liegt das Tempelhofer Feld in den Nachmittagsstunden da. Es ist 10 Minuten nach 4. Die Ankunft von „D 2000“ wird jeden Augenblick erwartet. Eine Massenwanderung zu den Anlegeplätzen hat eingesetzt, zu Fuß, mit der Straßenbahn und auch in Autos kommen Tausende und Abertausende, um D 2000 nach seiner zehntägigen Deutschlandfahrt in Berlin zu begrüßen. Doch der Landungsplatz der Luft-Hansa ist streng abgesperrt; die dichten Menschenmassen, die das Tempelhofer Feld in breiter Front umläufen, können die Ankunft des Riesensflugzeuges nur aus recht weiter Ferne beobachten. Am Rellfeld selbst versammeln sich Pressevertreter und zahlreich geladene Gäste. Kurz vor 1/2 5 Uhr wird das Anlaufsignal gegeben. Bald kommt das Flugzeug näher und näher. In der untergehenden Sonne erglänzt der gewaltige Leib des Flugzeuges hellam auf. Die übernen Schwingen hängen wie Riesensflügel in der Luft. D 2000 macht eine elegante Schleife über dem Flugplatz und setzt dann in vorbildlich guter Landung auf den Erdboden auf.

200 Arbeiter am Werk.

D 2000 ist ein Flugzeug, das die Junkerswerke mit ganz besonderer Sorgfalt hergestellt haben. Auf Präzision ist erhöhtes Gewicht gelegt, rund zwei Jahre haben 200 Arbeiter an ihm gearbeitet. Die Besatzung des Flugzeuges ist sechs Mann stark: Zwei Führer, die Kapitäne Zimmermann und Jothe, zwei Bordmonteure, ein Bordwart und ein Funker. Im Prinzip ist die Maschine weniger für den Passagierverkehr als für Frachtbeförderung für hochwertige Fracht geeignet. Sie erlaubt bei einem außerordentlichen Aktionsradius von mehreren tausend Kilometern eine Nutzlast von drei bis fünf Tonnen mitzunehmen. Die Höchstgeschwindigkeit des Flugzeuges beläuft sich auf 220 Kilometer pro Stunde. Auf der ersten Fahrt erzielte man bei allerdings durchaus ungünstigem Wetter eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 120 bis 130 Kilometer. Das Auffällige und Neuartige an der maschinellen Einrichtung der D 2000 ist, daß die insgesamt 4 Motoren mit zusammen 3000 PS. einen außerordentlich leichten Gang haben, und das Flugzeug während des Fluges kaum gehört wird.

Technik ist Lufttramp.

Das von vier 2-88-Motoren betriebene Flugzeug ist aus Dural hergestellt und hundertprozentig deutsches Erzeugnis. Einen wichtigen technischen Fortschritt bedeuteten die Anorr-Luftdruckbremsen, die es bei der Landung ermöglichen, nach einem ganz kurzen Auslauf stille zu stehen. Der Landungsradius von D 2000 beträgt nur 50 Meter, während alle anderen Flugzeuge bisher einen Radius von 3 bis 400 Metern brauchten. D 2000 ist Eigentum des Staates und vom Reichsverkehrsministerium übernommen. Wie die Direktion der Luft-Hansa mitteilt, soll es ab Juni im Frachtverkehr der Luft-Hansa Verwendung finden.

Die Höhe des Flugzeuges beträgt über fünf Meter, die Spannweite 45, die Länge 20 Meter. Eine Präzisionsanlage, die vom Führer und vom Maschinenmeisterstand aus bedient werden kann, ermöglicht es bei Unfällen, z. B. bei einem Bergabsturz, die Gefahr im Keim zu ersticken. Ein starker Scheinwerfer gestattet es, daß D 2000 auch im Nachtflug Verwendung finden kann.

Der fliegende D-Zug.

Die erste Passagierkabine mit sehr komfortabler Lederpolsterung und kuppelartiger Deckenbeleuchtung ausgestattet, bietet Platz für 9 Personen und hat das Aussehen eines D-Zug-Wagens

1. Klasse. Ungefähr in der Größe 2 mal 4 gehalten, ist die Kabine allerdings nicht sehr geräumig. Neben der Tageskabine befindet sich eine Schlafkabine, die vier Betten enthält. Die Betten sind zu je zwei übereinander geschichtet und im Mitropa-Schlafwagenstil gehalten. Innerhalb der Tragflächen, die auf beiden Seiten Ausbldräume für die Passagiere enthalten, kann man eine Anzahl improvisierter Sitze für die Reisenden schaffen. Insgesamt kann D 2000 34 Passagiere mitnehmen. Den ersten Flug haben 15 Passagiere und die 8 Mann starke Besatzung, also insgesamt 21 Personen, mitgemacht. Diese 15 Reisenden konnten sehr bequem untergebracht werden.

Der Bericht des Bordmonteurs

Ein Bordmonteur erzählt, wie er von seinem engen Maschinenraum aus die Fahrt erlebt hat. „D“, sagt der Mann und zeigt auf den jetzt gebändigten Riesenvogel, während er wie lieblosend einen der riesigen Propeller etwas in Bewegung setzt. „die Sache war für uns bestimmt keine Kleinigkeit. Seit 6 Uhr sind wir auf Fahrt, aber um 5 Uhr früh waren wir schon an der Maschine, um alles auszuprobieren.“ „Haben Sie denn hinuntersehen können?“ „Beim ersten Teil der Fahrt war das Wetter zu schlecht, und dann haben wir Monteur gerade bei einer solchen Probefahrt, auf der ja alles besonders gut klappen muß, auch andere Sorgen. Ueber Berlin war die Begeisterung zum Teil sehr groß. Ich habe z. B. genau beobachtet, wie auf einem Dach ein Mann in Unterhosen stand, der uns wie rasend mit einem großen weissen Tuch, das ausah wie ein Bettlaken, zugewinkt hat. Und in Braunschweig mußte ich lachen, als wir sehr dicht über einem Schulhof flogen, als gerade große Pause war. Die Kinder haben uns trotz der geringen Höhe überhaupt nicht gesehen. Die Motoren müssen also geradezu unhörbar gewesen sein.“

Die Beilegung Fridtjof Nanjens

Die Beilegung Fridtjof Nanjens wird am 17. Mai, dem norwegischen Nationalfeiertag, stattfinden. Das Storting hielt anlässlich des Todes Nanjens eine außerordentliche Sitzung ab. Vor dem überfüllten Saale hielt Ministerpräsident Hambro die Gedächtnisrede. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten beschloß das Storting die Bestattung Nanjens auf Staatskosten.

Verhaftung von Sacharinfabrikanten in Warschau

Die Warschauer Polizei hat 23 Sacharinfabrikanten verhaftet; die Bande hat nach den bisherigen Ermittlungen innerhalb von drei Jahren 200 000 Kilogramm falsches Sacharin hergestellt und das falsche Sacharin mit 4000 Kilogramm aus Deutschland bezogenem echten Sacharin vermischt. Die Fälscher benutzten es bei der Erzeugung von Zuckermilch und Schokolade, deren Genus für die Gesundheit der Konsumenten als sehr schädlich erwies.

Geglückte Ozeanüberquerung

Unter Ueberwindung schwerer Regenstürme und bei teilweise sehr schlechten Sichtverhältnissen gelang dem französischen Flieger R e m o z die Ozeanüberquerung von St. Louis (Gefal) nach Natal (Brasilien) in 21 Stunden und 5 Minuten. In Bord der zeitweise überfluteten Maschine befanden sich außer R e m o z zwei Begleiter. Hiermoz, der ein bekannter französischer Rekordflieger ist, benutzte eine Landmaschine.

79 Berlinerinnen hilflos in Spanien

Der Abteilung I des Berliner Polizeipräsidiums ist eine Anzeige zugegangen, die schwere Beschuldigungen gegen einen spanischen Impresario namens Maragliano bzw. gegen die Berliner Agenten seines Unternehmens enthält. Zu den Tanzgruppen Maraglianos gehören 79 Mädchen, die alle als Tänzerinnen in Berlin engagiert worden sind. Eine der Gruppen, die in Berlin von einem gewissen Tanaroff vor mehreren Monaten zusammengeestellt worden ist, hat den Blättern zufolge, ein furchtbares Schicksal erlitten. Die Mädchen wurden unter dem Namen 'The sunshine dancing girls' zu einem Ballett zusammengestellt und traten geschlossen die Reise nach Spanien an, die sie zunächst nach Barcelona führte. Nachdem sie dort in den elendesten Lokalen aufzutreten mußten, verlangte man von ihnen, sie sollten ein Etablissement beziehen, das eine Art von geschlossenem Haus war und von ihnen nicht ohne Genehmigung des Inhabers verlassen werden konnte. Die Mädchen weigerten sich zum größten Teil, sich auf diese Weise zu durchschlagen. Sie trennten sich von dem Chef der Truppe und befanden sich nun ohne Mittel für die Rückreise hilflos im fremden Lande. Wie ihre Verhandlungen mit dem deutschen Konsulat ausgefallen sind und wie es ihnen weiter ergangen ist, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Ein Sprenganschlag auf das Gefallenendenmal der 39er



in Düsseldorf, dessen springartige Gestalt vlesch heilige Kritik herausgeschworen hat, ist wahrhaftig schon vor mehreren Tagen ausgeführt, aber jetzt erst entdeckt worden. Der Helmlosen der beiden Gestalten, die in Düsseldorf ausgeführt sind, ist das Hinweggeraten worden (im Anhang).

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Kongress der Bergarbeiterinternationale Nationalisierung oder nicht

Konstan, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Bergarbeiter-Internationale beschließt nach im letzten Verlauf ihrer Tagung mit dem Problem der Nationalisierung.

Dr. Berger, Deutschland, der mit einem groß angelegten Vortrage die Grundlage für die Erörterung des Nationalisierungsproblems auf dem Kongress schuf, stellte für die Beurteilung der Frage: Nationalisierung oder nicht? folgende Gedanken in den Vordergrund: Die Beschleunigung des Arbeitstempes im Gefolge der Nationalisierung hat zweifelslos neue Gefahrenquellen für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter geschaffen. Ihre Arbeitskraft wird bei gleichbleibenden Schichten heute viel stärker ausgenutzt. Daraus ist einmal die Forderung nach erhöhtem Schutz gegen und bei Krankheit und bei Invalidität sowie auf Verbesserung der Grubenlichter herzustellen, und zweitens muß dem Bergmann der Mitgenuß an dem Reußeffekt der Nationalisierung durch Vertilgung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung gesichert werden. Bisher war die Nationalisierung im Bergbau noch allzu sehr nur auf Steigerung der privatwirtschaftlichen Reute eingestellt. Sie hat aber auch volkswirtschaftliche Konsequenzen. Die bergbauliche Unternehmensform führte zu einer Konzentration der wirtschaftlichen Verfügungsmacht der privaten Industrie, wodurch gleichzeitig auch soziale Kräfteverlagerungen erfolgten, die zu internationaler Gemeinschaftsarbeit hindrängen. Zu den volkswirtschaftlichen Konsequenzen kommen dann noch die bereits genannten sozialpolitischen.

Das England stellt sich zu den Ausführungen Bergers sehr kritisch. Er bemängelt, daß der kapitalistische Nationalisierung nicht energisch genug der Kampf angelegt werde und weist nachdrücklich auf die immer stärker werdende Beherrschung der Kohlenindustrie durch die internationalen Finanzmächte hin, wodurch nicht nur für die Bergarbeiter, sondern auch für den Frieden erste Gefahren entstehen. Dawis bekräftigt, daß man die kapitalistische Nationalisierung als einen Weg zu systematischer Wirtschaftsordnung gelten lassen könne und schließt mit der Forderung nach kräftigen sozialpolitischen Schutzmaßnahmen, wie Ausbau der Sozialversicherung, Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung, Sicherung einer ausreichenden Altersrente, Verlängerung des schulpflichtigen Alters usw.

Kauffmann, Frankreich, weist auf die Häufung der Grubenunfälle infolge der Nationalisierung hin. — Dejardin, Belgien, betont, die nachteiligen Folgen der Nationalisierung seien unübersehbar. Gleichwohl müsse mit ihr gerechnet werden. Sie breche sich immer mehr Bahn, und die Bergarbeiter dürften ihre Kraft nicht in einem aussichtslosen Kampfe gegen die Nationalisierung vergeuden; sie müßten vielmehr dafür sorgen, daß nicht die Lasten und Spesen des technischen Fortschritts auf sie allein abgewälzt werden. Zu diesem Zweck müßten sie die Mitarbeit der öffentlichen Gewalten gewinnen. — Van der Bilt, Holland, behandelte das Nationalisierungsproblem in ähnlichen Bedankungsgängen.

Berger erklärte gegenüber der Kritik des englischen Delegierten, daß auch er die schweren Schäden der Nationalisierung keineswegs übersehe. Die Frage sei nur, ob man das Kind mit dem Bade ausschütten und jede Nationalisierung grundsätzlich bekämpfen wolle. Ein solcher Kampf sei aussichtslos und unterliege dem Fortschritt. Die gleiche grundsätzliche Haltung zur Frage der Nationalisierung, die er einnehme, habe auch der internationale Gewerkschaftsbund. Den Standpunkt des IGB könne auch der Bergarbeiterkongress teilen.

Auf Antrag von Cook, England wurde das Internationale Komitee beauftragt, die Nationalisierungsfrage unter Berücksichtigung der Kongress-Debatte einem gründlichen Studium zu unterziehen und danach den angeschlossenen Verbänden konkrete Vorschläge zu machen.

Schweden ratifiziert internationale Schutzbestimmungen für die Hafnarbeiter

Der schwedische Reichstag hat dem „Internationalen Übereinkommen, betreffend den Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiternehmer gegen Unfälle“, zugestimmt. Dem Reichstag war für die Beratung der Übereinkommensvorlage von dem konservativen Sozialminister ein ausführlicher Bericht vorgelegt worden. Der Minister behauptet an dem Übereinkommen das Fehlen des Grundgedankes der Gegenseitigkeit, und er empfiehlt zwecks Abschließens von Gegenseitigkeitsverträgen, schnellstens Verhandlungen mit den interessierten Staaten aufzunehmen. Zur Empfehlung des Übereinkommens-Entwurfs, wonach bei der Ausarbeitung der entsprechenden Vorschriften durch die Behörden die Berufsvereine der Arbeiterbezieher hinzugezogen werden sollen, bemerkt der Minister in seinem Bericht, daß die Empfehlung für Schweden eine besondere Maßnahme erforderlich mache, da dieser Grundgesetz in Schweden allgemein beachtet werde.

Der Standpunkt der Reeder, Schweden möge mit der Ratifizierung warten, bis die wichtigsten Länder, besonders England, ratifiziert hätten, wurde von der Arbeits- und Sozialverwaltung und vom Handelsministerium nicht geteilt. Die zuständigen Ministerien haben nun die notwendigen Abänderungsanträge zu schaffen. Am in der Gesetzgebung der nordischen Länder allgemein eine Übereinstimmung mit dem Übereinkommen herzustellen, sollen in Kürze die Sachverständigen mit den notwendigen Beratungen beginnen. Das Vorgehen Schwedens dürfte zweifelslos auch die übrigen nordischen Länder zur Ratifizierung des Übereinkommens bewegen.

Für Deutschland gelten in noch höherem Maße die gleichen Gründe, die in Schweden die Regierung und den Reichstag zur Ratifizierung des Übereinkommens veranlaßt haben. Die Schutzbestimmungen für die gefährliche Hafnarbeit sind in Deutschland viel unzureichender als in Schweden. Trotz der über dem Durchschnitte liegenden Unfallziffer der Hafnarbeiter hat das Reichsarbeitministerium um allem Anschein nach nicht die Absicht, die Ratifikation des internationalen Schutzübereinkommens vorzubereiten. Jeder Versuch des Gesamtverbandes der ausländischen Organisationen der Hafnarbeiter, beim Reichsarbeitministerium eine Aussprache über diese wichtige Frage herbeizuführen, war bis jetzt gescheitert.

Internationaler Sommerhochschul- kursus der Lehrer in Genua

Das Berufslehreinstitut der Arbeiter- und Arbeiterinnen-Gewerkschaftsbund hält in der Zeit vom 7. bis 15. August in Genua einen internationalen Sommerhochschulkursus ab. An dem Kursus nehmen an der Reihe der Teilnehmer aus dem sozialistischen Lager der verschiedenen Länder teilnehmend. Das Zielmotive der Kursusarbeit wird die Einheitschule sein. Vorlesungen sind folgende Themen: 1. Die Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung und 2. Die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung.

„Schast von der Schulreform?“ Minister a. D. Glödel (Präsident des Wiener Stadtschulrates): „Die Wiener Schulreform und die Einheitschule“. Professor Dr. Joret (Caen, Frankreich): „Die Einheitschule nach französischer Auffassung“. Professor W. Paulsen (Braunschweig): „Die Einheitschule in Deutschland“. Professor Dr. Rene Jado (pädagogischer Sekretär der belgischen freien Lehrgewerkschaft): „Die Einheitschule nach belgischer Auffassung“. Oberlehrer Vahlgg (Sekretär der freien Lehrgewerkschaft Österreichs und Referent für Elternvereine im Stadtschulrat Wien): „Die Funktion der Elternschaft in der Einheitschule“. Privatdozent Dr. von Bracken (Braunschweig): „Einheitschule und Psychologie“.

Im Anschluß an den Sommerhochschulkursus hält die freie Gewerkschaft der französischen Lehrer ihren großen Kongress ab.

Festerer Zusammenschluß der Tabakarbeiter in Bulgarien

Auf Initiative des Allgemeinen freien Gewerkschaftsbundes fand in Sofia eine Konferenz von Tabakarbeiter-Delegierten aus allen Teilen des Landes statt, die sich mit der schweren Lage des Tabakarbeiter-Proletariats beschäftigte. In keinem anderen bulgarischen Industriezweig ist, wie auf der Konferenz festgestellt wurde, die Ausbeutung der Arbeitskraft so ungeheuerlich wie in den Tabakmanufakturen. Da die Sozialgesetzgebung in Bulgarien vollständig verlagert hat, ist rasche Selbsthilfe dringend notwendig. Die Konferenz beschloß, die schon bestehenden Tabakarbeitervereine und die übrigen Tabakarbeiter der verschiedenen Produktionszentren, vor allem in Süd-Bulgarien, organisatorisch fest zusammenzuschließen und den neuen Verband der Zentrale der freien Gewerkschaften und der Amsterdamer Internationale anzuschließen. Zur Durchführung der organisatorischen Vorarbeiten wurde ein besonderes Komitee gebildet.

Internationaler Bekleidungsarbeiter-Kongress in Leipzig

Das Büro der Internationalen Bekleidungsarbeiterföderation hat zum 15. Juni einen internationalen Kongress nach Leipzig einberufen. Unmittelbar vorher wird in Leipzig eine Reichskonferenz für die Juristen, Richter, Richter-

60. Verbandstag schlesischer Konsumvereine

In der gestrigen Ausgabe unseres Blattes veröffentlichten wir eine Entschliessung, die der Verbandstag schlesischer Konsumvereine gegen die neue Sondersteuer im Rahmen seiner Hauptversammlung faßte. Nachstehend bringen wir nun einen Bericht, der zur Beurteilung der Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung in Schlesien einen umfassenden Überblick gewährt. Red. d. „Volksw.“

Am 10. und 11. Mai 1930 tagten im Volkshaus in Liegnitz die Vertreter der organisierten Verbraucher, die im Verband schlesischer Konsumvereine zusammengeschlossen sind. Um es vorweg zu nehmen, der Verbandstag stand unter dem Zeichen der neuen sinnlosen Ausnahmesteuern, die die gegenwärtige Regierung gegen die Konsumgenossenschaften erlassen hat. In eindeutiger und scharfer Form wurde eine Entschliessung angenommen, die die Verbraucher in allen Orten darauf aufmerksam machen, daß nunmehr die Widerbemittelten gegen die Ausnahme-Besteuerung der Konsumvereine Stellung zu nehmen haben, und dem dieses Gesetz befürwortenden Mittelstand dadurch ihre Macht zeigen, daß sie nun erst recht dazu übergehen, ihren gesamten Warenbedarf in den Konsumgenossenschaften zu decken.

Aus dem Bericht, den der Verbandssekretär Hübner, Liegnitz, erstattet hat, geht hervor, daß die Genossenschaftsbewegung in Schlesien erfreulicherweise weitere Fortschritte macht. Dem Verbands gehören 61 Konsumgenossenschaften mit 209 714 Mitgliedern an, außerdem eine Produktionsgenossenschaft und zwar die Arbeiter-Druckerei, e. G. m. b. H., in Görlitz. Der Warenumsatz weist eine Steigerung von 8 700 172,— Mark nach und betrug am Schlusse des Jahres 1929 67 942 179,— Mark. Es entspricht dies einer Steigerung von 10% Prozent. Ueber genossenschaftliche Eigenproduktion kann aus 14 Vereinen berichtet werden. Der Wert der selbsthergestellten Waren erreichte den Betrag von 19 799 760,— Mark.

Die genossenschaftlichen Sparkassen, welche als Sammelstellen von kleinsten Betrieben, und zwar in der Hauptsache von den Ärmsten des Volkes stammen, weisen einen Sparanlagenbestand von 11 503 193,— Mark nach. Die Gesamt-Bilanzen der Verbandsgenossenschaften schließen mit einem Betrage von 26 491 682,— Mark ab, wobei der Grundbesitz in Höhe von 7 530 000,— Mark nur mit 1 747 000,— Mark belastet ist.

Der Konsumgenossenschaftlichen Presse wird eine immer weitere Beachtung geschenkt und hat besonders das neuherausgegebene „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“, welches 16 Seiten stark ist und in vierwöchiger Erscheinung, wesentlich zu einer Hebung der Leserschaft beigetragen. Beträgt doch die Abonnentenzahl 50 383 Leser. Diese Abonnentenzahl beweist aber auch weiter, daß das Konsumgenossenschaftliche Volksblatt in seiner prächtigen Ausstattung als ein Fachorgan bezeichnet werden muß, welches in seiner Ausgestaltung wohl an erster Stelle zu stehen kommt.

Die vorstehenden Zahlen beweisen, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung auch in Schlesien markiert. Die erhebliche Zunahme neuer Mitglieder, welche die Verbandsgenossenschaften in den letzten Jahren aufzuweisen haben, beweist, daß die Konsumgenossenschaften allen Gegnern zum Trotz sehr wohl gelingen sind, die Kaufkraft der Verbraucher durch ihre eigenen Unternehmungen wesentlich zu stärken, wobei auf die Befreiung von Qualitätswaren größter Wert gelegt wird. Die Millionen begehrteter Anhänger der genossenschaftlichen Selbsthilfebestrebungen dürfen gewiß nicht mit weiteren Erfolgen bestimmt gerechnet werden können. Je mehr Mitglieder die Konsumgenossenschaften aufweisen, um so eher werden sie in der Lage sein, vollständig die Lage der Arbeiterklasse zu heben. Die außerordentlich große wirtschaftliche Not, besonders in Schlesien wird aber besonders durch die letzten Regierungsmassnahmen nicht geringer, kann aber durch die Selbsthilfebestrebungen der Arbeiterklasse abgemildert werden. Haben doch die Verbandsgenossenschaften in dem letzten Jahre ihren Mitgliederanstand durch Veräußerung eines Betrages von 15 784 000 Mt. vergrößert, die falls es eine Konsumgenossenschaftsbewegung nicht gäbe, restlos dem Profittreiben des Mittelstandes, wie dem Privatkapital überhaupt, zugeflossen wäre.

Der Verbandstag lag sich gezwungen, einen Verein, und

und Mähenbranche des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes tagen.

Leipzig ist zum Tagungsort gewählt worden, weil man den Kongress- und Konferenzbesuchern die Möglichkeit zum Besuch der Internationalen Bergausstellung geben will.

Die Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen

Ist auch im April weiter gestiegen. Am 30. April wurden, wie der Deutsche Städtetag mitteilt, in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (mit zusammen 25 Millionen Einwohnern) rund 327 000 Wohlfahrtsberwerblose laufend gezählt. Davon waren 37 000 Fürsorgearbeiter. Am 31. März sind 315 000 und am 28. Februar 294 000 Wohlfahrtsberwerblose gezählt worden. Die Zunahme im April beträgt 4 v. H. gegen den Vormonat. Außerdem wurden am 30. April noch 53 000 Arbeitslose, welche die Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhalten, von der gemeindlichen Wohlfahrtspflege laufend zufällig unterzählt.

Die Zahl der langfristig Erwerblosen ist also ständig im Steigen. Ein Zeichen daß der Ausbau der Arbeitsbeschaffung nicht länger mehr aufgehoben werden kann.

Betriebsrätewahlen der Eisenbahner in Braunschweig

Glänzende Erfolge für den Einheitsverband

Bei den Betriebsrätewahlen der Eisenbahner haben in 14 Braunschweiger Dienststellen von 1678 wahlberechtigten Lohnempfängern 1592 ihre Stimme abgegeben. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands (freigewerkschaftlich) erhielt davon 1410 Stimmen, der Allgemeine Eisenbahnerverband (Christlich-Deutscher) 150 und die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (Christen) 6 Stimmen. Von 55 Betriebsrätsstellen erhielt der Einheitsverband 52, der Allgemeine Eisenbahnerverband 3 Sitze. Das Ergebnis ist also für den freigewerkschaftlichen Einheitsverband geradezu glänzend.

Formerkreit in Halle

In der Firma Magdeburg & Werther in Halle stehen zurzeit die Formere wegen Arbeitsbeschaffungsfragen im Streit. Von der Firma sind jetzt die Kernmacher und Kernmacherinnen entlassen worden. In auswärtigen Zeitungen sucht die Firma Ersatz für die mit Zustimmung der zuständigen Organisationen in den Abwehrgreit getretenen Arbeiter. Der Zugang wird von der Organisation gewarnt!

zwar den Konsumverein Lauban, aus dem Verband auszuscheiden, da er Waren an Nichtmitglieder abzugeben hat. Vereine, die sich nicht daran halten, Waren nur an Mitglieder abzugeben, verstoßen gegen die elementarsten Grundsätze der Genossenschaften und können deshalb keinen Platz im Verband haben. Der Ausschluß erfolgte einstimmig.

Die großen privatkapitalistischen Interessenten blafen zum Kampf gegen die Konsumvereine. Ministerreden sind gefüllt mit unfreundlichen Worten gegen die Selbsthilfebestrebungen der Verbraucher. Ein ganzes Heer von Spitzeln umlauert die genossenschaftlichen Verteilungsstellen, ob nicht etwa ein Mitglied doch Einkäufe tätigt. So kann sich nur jemand gebärden, der sich zum Weiterleben zu scham fühlt. Spiegel und Denunziantentum werden den Einzelhandel nicht retten. Auch die letzten sinnlosen Ausnahmesteuern gegen die Konsumgenossenschaften werden die Fortschritte der Gemeinwirtschaftsbestrebungen nicht aufzuhalten vermögen.

Die immer wiederkehrenden unwahren Behauptungen, daß die Konsumgenossenschaften Steuerfreiheit genießen, sind am besten dadurch widerlegt, daß allein im vorigen Jahre die schlesischen Konsumgenossenschaften den recht ansehnlichen Betrag von 11 Millionen Mark Steuer gezahlt haben, wobei in dieser Summe die Gebäudesteuern nicht berücksichtigt sind. Eine weitere bewusste Unwahrheit liegt darin, wenn behauptet wird, daß die Konsumgenossenschaften staatliche Hilfe erhalten. Nicht unsere Genossenschaften sind es, die die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Schon von den reblischen Pionieren von Hochbale ist Staatshilfe abgelehnt worden, und die in diesem Sinne tätigen Konsumgenossenschaften sind groß und stark geworden, weil sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen haben.

Daß die Genossenschaftsbewegung wirklich lebendige Kraft besitzt, und daß es vorwärts geht, beweist der verzweifelte Kampf der wirtschaftlichen Gegner. Wir befinden uns also schon auf dem rechten Wege und rufen alle noch nicht zu uns gehörenden Verbraucher auf, den Kampf gegen eine Wirtschaftsführung anzunehmen, die geeignet ist, die Lebenshaltung des unbemittelten Verbrauchers weiter zu erschweren. Deshalb, hinein in die Konsumgenossenschaft und damit zu weiteren Erfolgen im Interesse der Verbraucher.

Konjunkturaufschwung für die deutsche Schuhindustrie

Zugleich mit der kräftigen Steigerung der deutschen Schuhindustrie hat sich auch auf dem deutschen Inlandmarkt die Konjunktur für die Schuhindustrie erheblich gehoben. So wird aus Pirmasens, dem Zentrum der deutschen Schuhfabrikation, berichtet, daß in sämtlichen Großbetrieben zurzeit mit Hochdruck gearbeitet wird. Auch in den vielen Mittel- und Kleinbetrieben dieses Bezirks hat sich der Beschäftigungsgrad beträchtlich gehoben. Die Arbeitslosigkeit in der Pirmasenser Schuhindustrie, die in den letzten beiden Jahren einen fast tropischen Charakter angenommen hatte, konnte auf 5250 gesenkt werden. Wenn diese Zahl auch noch sehr hoch ist, so ist doch ein erheblicher Fortschritt festzustellen, daß sie die niedrige Arbeitslosenanziffer seit drei Jahren darstellt. Auch in den von der Schuhindustrie abhängigen Fabrikationszweigen der Schuhmaschinen-, Velissen- und Kartonnagenindustrie ist die Beschäftigung zur Zeit sehr gut.

Die immer günstiger Entwicklung des deutschen Kapitalmarktes kommt der Umwandlung der kurzfristigen Gemeindegeld in langfristige Anleiheformen sehr zugute. Die Anfang-April dieses Jahres zum Verkauf aufgelegte 10-Millionen-Anleihe des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die ausschließlich Verwendung für die Konjunkturdienung kurzfristiger Kommunalanleihe finden wird, wurde im Inlande ausverkauft. Zur weiteren Förderung der Umwandlungslösung legt die Deutsche Girozentrale nunmehr den Betrag von 10 Millionen Mark der vom preussischen Staatsministerium früher genehmigten 50-Millionen-Anleihe zur Zeichnung auf. Auch diese achtprozentige Anleihe kann zum Kurse von 98 Prozent erworben werden, so daß die Verzinsung noch etwas über 8 Prozent liegt.

Arbeiterjugend tagt Die Reichskonferenz in Lüneburg

Am Karfreitag versammelten sich im festlich geschmückten Saal des Lüneburger Volkshauses die 148 Delegierten (108 gewählte Delegierte, 10 Hauptvorstands- und 28 Reichsausschussmitglieder, darunter leider nur 14 Mädel) und an die vierzig Vertreter der acht Reichskonferenzen der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands. Sie begannen die Tagung, wie es bei der Jugend üblich ist, mit einem frohen Kampflied. Dann folgten Begrüßungsreden, die sich aber im Gegensatz zu mancher früheren Tagung in recht erträglichen Grenzen hielten, da, wie Westphal bekannt gab, die Parole ausgegeben worden war, die Konferenzgäste organisiert euch. Er selbst nahm daher die Begrüßungsansprache für rund 21 befreundete Organisationen, Genosse Hansen-Dänemark für die ausländischen Vertreter ausländischer Bruderorganisationen und die Jugend-Internationale. Selbstverständlich begrüßten auch die verschiedenen Arbeiterorganisationen, der Magistrat und der sozialistische Regierungspräsident, Genosse Herbst, die Konferenz.

Der Vorsitzende, Genosse Ollenhauer, gab vorab einige Einleitungswörter, wozu er Ziel und Aufgabe der SAJ, der arbeitenden Jugend sozialistisch denkende und handhabende Organisationen zu machen, konstatierte das Anstreben der Organisation den Willen zu gesteigerter Arbeit in einer Zeit, in der der Kampf um die Jugend mit bisher ungekannter Schärfe geführt wird. Den — gedruckt vorgelegten —

Geschäftsbericht

Der Geschäftsbericht, Organisationsbericht ist das Ergebnis der zweijährigen Berichtsperiode besser wie in Leipzig, politisch ist es aber noch besser. Im Vordergrund erfolgreicher sind die Bezirke Berlin, Leipzig, Chemnitz, Pflanz, Halle, während verschiedene andere, darunter Baden, sehr zurückblieben. Die Note Kassenarbeit hatte nach der Leipziger Aussprache gute Erfolge und zeitigte fruchtbares Zusammenarbeiten mit den Kinderfreunden, während andererseits die Kassenarbeit noch in starkem Maße ungelöst erscheint. Die Kassenarbeit wurde ausgebaut, insbesondere zeitigte die geschäftliche Verbindung mit den Parteibuchhandlungen gute Ergebnisse. In Diskussion stand vor allem

Die Abteilung der Zahlen

Der Markt und Wernicke vertrat August Albrecht, der die Kassenarbeit besser darzustellen konnte, daß dem Markt von 1927/28 ein Aufschlag von 1929/30 gegenübersteht, wenn das Heft der Zahlen noch zu wünschen übrig läßt. Die Abrechnungen anders aussehen müssen. Die Einlaufzahlen wurde ausgebaut, insbesondere zeitigte die geschäftliche Verbindung mit den Parteibuchhandlungen gute Ergebnisse. In Diskussion stand vor allem

Die Kritik

Die Kritik der Arbeit im Vordergrund. Genosse Berenz sprach sich eingehend mit Tendenz und Inhalt verschiedener Verlage herausgebener Schriften auseinander, die wie „Materiale Wirtschaftsaufstellung“, „Die Kassenarbeit“ und „Wachen der Sozialistischen Bewegung“ an wesentlichen Dingen vorbeigehe, im besten Fall Darstellung einer Fiktion, aber keine geschichtliche Wertung gebe. Er begründet im Antrag Leipzig, der den Verlag ersucht, den Genossen Engels-Graf mit der Abfassung einer Schrift über „Unsere politische Erziehungsaufgabe“ zu betrauen. Im weiteren Verlauf der Tagung, in der noch eine Reihe Genossen der oppositionellen — in sich keineswegs einheitlichen — Strömung, sowie Vertreter der Meinung des Vorstandes sprachen, wurde u. a. das Für und Wider der Abhaltung von

Diebstahl-Tagung-Feiern

Diebstahl-Tagung-Feiern, da man in Jena aus der Anwesenheit einer solchen Feiern eine Staatsaktion gemacht, die die Pressekommission und diese wiederum den Vorstand befragt hatte. Vom Vorstandsvorsitzenden wie vom Genossen Westphal als Vertreter des Parteivorstandes wurde hierzu der Standpunkt vertreten, daß es angebracht sei, allgemein eine Tagung zu veranstalten (was aber doch wohl etwas ganz anderes ist), und wie Ollenhauer feststellte, an der organisatorischen Tätigkeit des Vorstandes keine Kritik geübt. Nach der Debatte gab Ollenhauer auf Anfrage eine Erklärung ab, daß er zwar bereit sei, den Genossen Graf für eine Broschüre mit in Betracht zu ziehen und seine Informationen ebenso wie andere zu prüfen, nicht aber ihm Blanko zu erteilen.

Die Presse

Die Presse, er berichtete über die Jugendbeilagen der SAJ, die hierfür geschaffene Korrespondenz, den „Führer“ der „Arbeiterjugend“, wobei er den Mangel brauchbarer Artikel aus den Kreisen der Mitgliedschaft stark unterstrich. Hier gab es eine recht ausgedehnte kritische Auseinandersetzung, insbesondere von Seiten des Hamburger Delegierten und von Jörn-Leipzig, die die Arbeiterjugend hinsichtlich der politischen Informationen, Bewertung einzelner Fragen beanstandeten. Die „Sachsen“, womit man nicht ganz zu

treffend die Opposition zu bezeichnen pflegte, wollten, daß außer dem Genossen Sollmann auch Genosse Sandewitz-Friedau zu den politischen Informationsartikeln herangezogen würde, die Hamburg hingegen wünschten Begleitung von Jahrbüchern und Aufnahme von Film- und Theaterbesprechungen. Nicht wenig streift man sich ferner um die Frage, inwieweit gegenüber parteitaktischen Auseinandersetzungen, bzw. den einzelnen Strömungen in der Partei, Neutralität zu üben sei. So wurde zur Wechselseitigen gegenseitigen Befragung, daß derartige Fragen auch in der U.S. diskutiert werden.

Keine Objektivität gäbe es nicht und die romantische Leidenschaft der Roten Falken müsse sich durch die U.S. bei den Kellern in die politische Leidenschaft wandeln. Der Leipziger Vertreter Berenz forderte marxistische Betrachtung der gesellschaftlichen Grundzüge politischer Ereignisse. Gustav Weber und Westphal, sowie Dülke-Dau-Mannheim und der Berichterstatter zu der Resolution über Erziehungsfragen, Meß-Königsberg, wandten sich teilweise gegen diese Gesichtspunkte, besonders gegen die „Sachsen“. Man sei in der U.S. nicht einseitig gewesen und die Beschäftigung mit den verschiedenen Strömungen habe ihre Grenze dort, wo die Einheit der Partei gefährdet würde. Den Leipziger Antrag, daß

Schwarz-Rot-Gold

nur in Anwesenheit von Behördenvertretern gezeigt werde, hält Westphal für eine Herabwürdigung des Symbols der Republik — später wird das zurückgezogen — und Gustav Weber findet keinen Anlaß, die Informationen durch Genossen Sollmann zu ändern, da diese doch sehr objektiv seien.

Die Unzulänglichkeit, die mitunter durch diese im ganzen kameradschaftlich geführten Diskussionen zutage trat, wurde bei einzelnen Abstimmlingen unerfreulich. So hatten die „Sachsen“ zu der vom Hauptvorstand eingebrachten Entschließung über die politische Erziehungsarbeit

politische Erziehungsarbeit

einige Ergänzungsanträge gestellt, die der Berichterstatter Meß-Königsberg nur mit der Begründung ablehnte, sie seien selbstverständlich und daher überflüssig. Da diese Selbstverständlichkeiten aber nicht ausgenommen wurde, wurde die Resolution leider nicht einstimmig, sondern mit 92 gegen 40 Stimmen angenommen. Ein Antrag Groß-Itzingen: Die Reichskonferenz möge die Haltung der Redaktion der „Arbeiterjugend“, die in einseitiger Weise die Verbandsmitgliedschaft über die politische Haltung der Partei und des Hauptvorstandes der Sozialistischen Arbeiterjugend unterrichtet, die Reichskonferenz fordert von der Redaktionsführung der „Arbeiterjugend“, daß sie in Zukunft alle Richtungen der sozialdemokratischen Bewegung zur Mitarbeit heranzieht, wurde mit 69/55 abgelehnt; die Opposition griff hier also über die „Sachsen“ hinaus.

Der zweite Verhandlungstag brachte eingangs ein Referat des Genossen Ollenhauer über

Unsere Aufgaben im Kampf um die Jugend,

das wir aus Raumgründen und mit Rücksicht auf einen Beschluß, diese Rede als Broschüre zu drucken, hier nicht wiedergeben. Sie sprach aus in der Aufforderung, in praktischer Arbeit radikal zu handeln, um die vielfach ungeworbene Jugend unserer Zeitperiode für den Sozialismus zu gewinnen und das selbstgesetzte Ziel, 10 Prozent der Partei-Mitgliedschaft zu erreichen. Die Diskussion war wie am Vortage lebhaft, verzerrte sich mitunter sogar bis in die schärfste Polemik, blieb aber mit wenig Ausnahmen sehr sachlich. Genosse Weinberger sprach für die Arbeiter-Kinderfreunde den Dank für die fruchtbringende Arbeit in der jüngeren Arbeit in der SAJ, aus, betonte, daß die Arbeitsverbindungen zwischen beiden Organisationen in vielen Orten jedoch noch viel besser werden müsse und der Zuwachs der Arbeiterjugend aus den Kinderfreunden wohl größer sei, wie im Vorstandsbericht errechnet wurde.

Zur Wahl des Vorsitzenden

Tag ein, von Berenz-Leipzig zwar geschickt begründeter, praktisch aber wohl etwas unglücklicher Oppositionsantrag vor, den Genossen Lipinski von der Reichsleitung der Jungsozialisten zum ersten Vorsitzenden zu wählen. Einige Vertreter erklärten, daß sie diesem Vorschlag ihre Stimme gäben, da Ollenhauer am Vortage jedes Entgegenkommen habe vermissen lassen. In der Abstimmung bekam Ollenhauer 53, Lipinski 50 Stimmen. Außer dem ersten Vorsitzenden wurden gewählt: Elbth-Baumann, Dieberich und Lindstädt-Berlin, Braßmann-Bremen, Kunze-Dresden, Hüls-Königsberg, Meß-Königsberg und Schillingmann-Bielefeld, wobei die Vorschläge für die ersten

Wie bauen neu die Welt!

1. Zeltlager der Sozialistischen Arbeiterjugend Mitteldeutschens vom 27. Juli bis 2. August 1930 in den Berleger Oberwäldern. In allen Teilen Deutschlands wird in unseren Gruppen fieberhaft gearbeitet nach der Parole: „Auf ins Zeltlager!“ Sollen doch in diesem Jahre das erste Mal 15 Zeltlager für junge Arbeiter und Arbeiterinnen entstehen. Acht Tage und länger wird diese sozialistische Jugend im Lager zusammen sein und ihr neues Alltagsleben demonstrieren. Nicht nur allein das, sondern sie wird erneut fühlen und erleben, daß die Idee des Sozialismus eine starke vorwärtstreibende Kraft bedeutet. Gewiß, wir haben den Glauben an den Menschen noch zu beweisen. Gebt uns Raum, schafft Möglichkeiten damit freiere Menschen entstehen und uns ist nicht bange um die Probe.

Die Jungen und Mädel, die wir aus den Gassen und Straßen der Städte und Dörfer herausholen, sind oft schon frühzeitig verhärtet, haben oft sich damit abgefunden immer im Dunkeln zu stehen. Nun kommen sie zu uns und wir zeigen ihnen die Gegenläufe, die durch nichts berechtigt sind und lehren allen das eine, nicht zufrieden sein. Mit diesen Menschen, die einmal die verdammte Bedürfnislosigkeit auf allen Gebieten abgestreift haben, wollen wir neues Leben gestalten. Noch leidet alle Welt Not, noch zweifeln viele am Leben überhaupt und doch müssen gerade wir es sein, die die soziale Tat als Propaganda wirken lassen.

Das Zeltlager als soziale Tat soll sein eine Stütze der intensiven sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und der Erholung der arbeitenden Jugend.

Das ist der tiefere Sinn unserer Zeltlager. Die erwachsene Arbeiterjugend wird diese neue Form der Arbeit unterstützen, wie allemal sie es getan hat, wenn die Jugend sich die Sozialistische Arbeiterjugend verlobt mit großer Anteilnahme die Vorbereitungen und stellt sich selbst in den Dienst der großen Sache.

Nun, ihr Jungen und Mädel unseres Verbandes, bereitet euch vor zum großen Treffen. Es gilt unserer Idee. Freundlich!

drei Mitglieder aus dem Verbandsvorort Berlin vom Bezirk Berlin bzw. dem Reichsausschuss — der letztere erhielt im Gegensatz zu einem „linken“ Berliner Vorschlag die Mehrheit — die übrigen von den regionalen Wahlgruppen gemacht wurden; die ostdeutschen Bezirke haben diesmal einen ostpreussischen Genossen vorgeschlagen. Nur bei der Wahlgruppe Mitteldeutschland gingen zwei Vorschläge ein. Die Konferenz entschied sich für Kunze-Dresden, worauf die übrigen sozialdemokratischen Bezirke erklärten, daß Kunze nicht ihr Vertreter sei. Der Parteivorstand wurden die Genossen Zuharsch, Genosse Bartel, Westphal und Albrecht vorgeschlagen. Dabei kam zum Ausdruck, daß auf regelmäßige Teilnahme der Parteivorstandsvertreter hingewirkt werden soll. Den ausstehenden Genossen, insbesondere dem Genossen Albrecht, der bekanntlich den Vertrag des Bänderkreises übernimmt, widmete Erich Dillenhauer freundliche Worte der Anerkennung und des Dankes.

Nach alledem war die Konferenz schon ein wenig abgespannt, als Genosse Lipinski über das

Reichszeltlager 1931

referierte. Ziel, Zweck und Aufbau umriss und betonte, daß die diesjährigen bezirklichen Zeltlager die Erfahrungsgrundlage für die Vorarbeiten sein müssen. Nach einem Vorschlag Ollenhauers wird über den Termin usw. in der Herbsttagung des Reichsausschusses beschlossen werden; der Termin soll jedenfalls so gelegt werden, daß er nicht mit der Dampfabreise in Wien kollidiert.

Angenommen wurden außer einer Reihe parlamentarischer Änderungen folgenden Anträge, deren begründende Einleitung wir Raummangels halber teilweise weglassen:

Bezüglich der Arbeiterjugend

Die Reichskonferenz beschließt: Die Posten des Hauptvorstandes und Redakteurs der „Arbeiterjugend“ sind in Zukunft getrennt zu besetzen.

Die Reichskonferenz begrüßt das Bestreben der Redaktion der „Arbeiterjugend“, durch die ständige Information über wichtige Ereignisse des öffentlichen Lebens unsere politische Erziehungsarbeit in den Vorkampfbereichen zu fördern. Sie billigt die Auffassung der Redaktion, daß es nicht die Aufgabe unserer Verbandszeitschrift ist, in Auseinandersetzungen über die Taktik der Partei einzugreifen. Die Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten ist Angelegenheit der Parteioffiziellen und der Parteipresse.

Die Reichskonferenz hält es für wünschenswert, wenn die Redaktion bei zukünftigen Auseinandersetzungen über grundsätzliche Fragen, wie sie bei der Debatte über die Richtlinien zur Wehrpolitik geführt wurden, die verschiedenen in der Partei vertretenen Auffassungen sachlich referierend darzustellen läßt.

Zum Kampf um die Jugend

Der Kampf um die Jugend erfordert von der Sozialistischen Arbeiterjugend die Erfüllung folgender dringlicher Gegenwartsaufgaben:

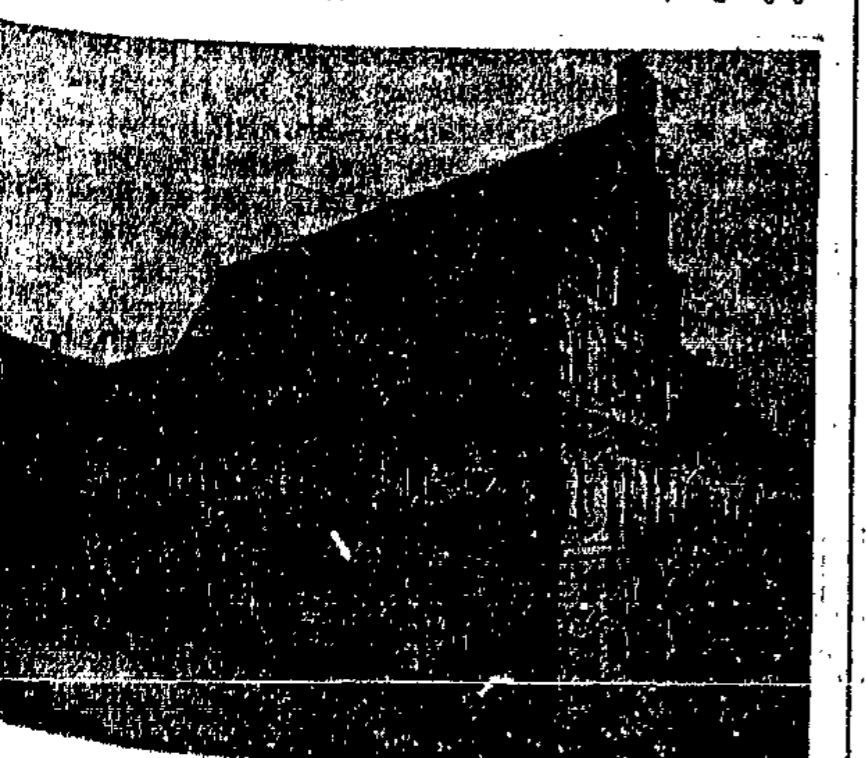
Der Einfluß der sozialistischen Bewegung auf die Jugend wird in erster Linie abhängen von der Zahl der durch die sozialistischen Jugendorganisationen erfassten Jugendlichen. Große Massen der erwerbsfähigen Jugendlichen, die für die Ideen des Sozialismus gewonnen werden müssen, stehen heute noch abseits. Durch eine vielseitige und planmäßige Jugendarbeit muß um sie geworben werden.

Die Verschärfung des Kampfes um die Jugend erfordert eine Zusammenfassung aller Kräfte im sozialistischen Lager, unter Vermeidung ungerichteter organisatorischer Zersplitterung. Nachdrücklich sind daher alle Bestrebungen zu fördern, die eine engere Zusammenarbeit der sozialistischen Jugendverbände zum Ziel haben. Bei aller Differenzierung der Erziehungsarbeit der sozialistischen Bewegung müssen die sozialistischen Jugendverbände nach außen ein geschlossenes Ganzes bilden und dadurch ein einheitliches Handeln ermöglichen.

In dem Maße, wie die Jugend in das politische Leben einbezogen wird, steigert sich die Notwendigkeit, politische Schulungsarbeit zu leisten. Die größte Gefahr für den Sozialismus im Kampf um die Jugend ist die politische Unerschaffenheit der Jugend. Dem Mißbrauch der Jugend durch extreme Parteien müssen wir deshalb verstärkte politische Erziehungsarbeit entgegenstellen.

Der Kampf um die Jugend ist aber auch ein Kampf der Jugend selbst. Die Jugend nimmt in diesem Ringen selbst Stellung. In weiten Kreisen der bürgerlichen Jugend ist der Glaube an die Ideologie der Väter aufs schwerste erschüttert. Diese Jugend hat im Krieg und in der Nachkriegszeit die Fragwürdigkeit der kapitalistischen Ordnung erlebt, und sie sucht jetzt nach einer gerechteren und wahrhaft sozialen Ordnung in Staat und Wirtschaft. Die Auseinandersetzungen, die die Jugend in allen bürgerlichen Parteien gegenwärtig führt, haben so ihre tiefere Ursache in dem Drängen vieler Jugendlicher nach der Erfüllung ihrer Ideale. Der Versuch, die bürgerlichen Parteien in diesem Sinne zu beeinflussen muß scheitern, und der Jugend bleibt dann nur die Wahl, zu resignieren oder den entscheidenden Schritt zum Sozialismus zu tun.

Die junge Generation steht vor einer Schicksalsfrage. Sie hat proklamiert, sie hat angeklagt, sie hat in sozialer Arbeit des Einzelnen Erfüllung gesucht, aber stärker als Proklamationen, stärker als Anklagen, stärker als die Aufopferung des Einzelnen war die kapitalistische Wirklichkeit. Sie zu ändern, an ihre Stelle eine Ordnung der sozialen Gerechtigkeit zu setzen, die ein



Das Volkshaus in Lüneburg in dem die Reichskonferenz stattfand



Die Demonstration des Reichsausschusses

